

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 37. Jahrgang

AZB 5332 Rekingen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 7/8 2002

Démocrate  **Suisse**
Pages 13–15

Kritischer Blick auf die Expo.02



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Ein Besuch der Expo.02 hinterlässt beim heimattrauen Bürger, der schon – wenn auch verschwommen in der Ferne der Erinnerung – 1939 die «Landi» in Zürich und 1964 die Expo in Lausanne miterlebt hat, höchst zwiespältige Gefühle. Dabei geht es weniger um die übliche Kritik: überhöhte Preise, Schlange stehen vor den Eingängen zu den Pavillons, dafür überdimensionierte Gaststätten, die zu drei Viertel leer stehen usw. Während die Landesausstellung als Zeugnis nationaler Selbstbehauptung verkürt in die Geschichte einging, war der kritiklose Wachstumsglaube, der an der Expo Lausanne zur Darstellung gelangte, bereits leicht fragwürdig. Verglichen zu beiden fällt die Expo.02 allerdings eindeutig ab. Der Haupteindruck ist der eines verkrampften Versuches, dem Internationalismus, der so genannten Globalisierung und dem Multikulturalismus die Referenz zu erweisen. Dies geschieht zum Teil durch bewusste grobe Provokation («Black Tell»!). Der Kanton Zürich veranstaltet einen Kantonaltag, an welchem vorwiegend ausländische Musiker auftreten. Verstärkt wird die Tendenz durch mehrere Kommentare der Expo-Direktorin Nelly Wenger, einer in Marokko geborenen ursprünglichen Französin ohne Kenntnis der deutschen Sprache. Originalton Wenger: die Ausstellung wolle die «Banalisation» (wörtlich banalisation) der Schweiz zeigen. Da ist auch das Englische, das sich in aufsässiger und penetranter Weise vordrängt. Man fragt sich, warum wir in unsere Verfassung den Passus aufgenommen haben, Deutsch, Fran-

zösisch, Italienisch und Rätomanisch seien unsere Landessprachen. Manches ist zudem zwar nett gemacht, aber ohne jeden Bezug zur Schweiz. Es gehört in die allgemeine Menschenkunde oder Anthropologie, etwa angebotene Selbstexperimente zur vergleichenden Verhaltensforschung. Einzelne Pavillons sind schliesslich als eigentliche Füller und Verlegenheits-einrichtungen, allenfalls als Spielplätze für die Kinder zu bezeichnen. Selbstverständlich sind auch einige gut gemachte und sinnvolle Dinge mit Bezug auf die Schweiz zu vermelden. Zu diesen gehört etwa der Pavillon «Swisslove» auf der Artep-lage Yverdon, trotz des englischen Namens. Dort wird eine Serie ineinander verschachtelter Kurzfilme über Paarbeziehungen gezeigt, die selbstkritisch echte Schwierigkeiten der modernen Schweiz mit Familie und Demografie veranschaulichen. Es treten drei Paare aus verschiedenen Generationen auf: ein ganz junges, noch in der Frühpubertät steckendes, eines den Vollbesitz seiner Kräfte genießenden und eines, das seinem Lebensabend zustrebt. Das erste schäkert spielerisch herum, das Mädchen, indem es mit einer Videokamera das sie interessierende Verhalten der Erwachsenen filmt, während der Jüngling im Hintergrund ihm verschmitzt zulächelt. Das zweite spielt ein Brautpaar kurz vor der Hochzeit, wobei sich ein Konflikt zwischen der Braut und der zukünftigen Schwiegermutter schnürt. Die Braut erklärt dieser, Kinder wolle sie auf keinen Fall, worauf die Schwiegermutter ihr entrüstet entgegnet, ihr Sohn



      

SD-1.-August-Feier 2002

Berg-Hotel Engel, 6383 Niederrickenbach
von ca. 11.00 bis 15.00 Uhr

Anfahrt: Stans–Dallenwil, von Dallenwil führt eine Luftseilbahn nach Niederrickenbach

Verpflegung: Im Restaurant des Berg-Hotels Engel (freiwillig)

Referenten: e. Nationalrat und Parteipräsident Rudolf Keller
Nationalrat und Zentralsekretär Bernhard Hess

Niederrickenbach liegt auf 1176 m.ü.Meer und ist ein Wallfahrtsort mit Kirche und Benediktinerkloster. Die Organisatoren würden sich freuen, wenn möglichst viele Schweizer Demokraten an der 1.-August-Feier teilnehmen.

Die SD hat den freien 1. August durch eine Abstimmung ermöglicht. Darum feiern wir auch gemeinsam den Nationalfeiertag.

Die Organisatoren: Kurt Koller, GL-Mitglied, Zentralkassier
Anton Bottinelli, SD-Mitglied, Organist

      

habe ihr aber Enkelkinder versprochen. Der Konflikt steigert sich derart, dass die Hochzeit in Frage gestellt ist. Die dritte Sequenz zeigt ein Paar in fortgeschrittenem Alter, das einst ein Liebespaar war und sich zufällig wieder begegnet. Es war seinerzeit auseinander gegangen, weil der Vater des Mannes diesem die Heirat mit der Frau verboten hatte mit der Begründung, sie sei «eine schlechte Partie». Es ist die einzige Episode, die zur Heirat führt; doch ist das Paar natürlich zu alt, um noch Kinder zu bekommen. Man muss sich aber doch fragen, ob das Ganze die Abermillionen wert ist, die es schliesslich kosten wird.

Inhalt

- 3 SD für eine andere Solidarität
- 4 Mathematik im Wandel der Zeit
- 4 UNO-Sondersession Kind
- 5 Pro Armeemuseum
- 6 Wir Deutschschweizer und das Tessin
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 12 Der Leser hat das Wort

Das «Dreckgeschäft» mit den erstunken und erlogenen KZ-Erinnerungen des Benjamin Wilkomirski



*Peter Bühler,
Stadtrat und
SD-Kantonal-
präsident,
Bern*

Im Jahre 1995, also auf dem Höhepunkt der «Holocaustgeldforderungen», erschien das Werk von Benjamin Wilkomirski. Er schilderte Horror-KZ-Erlebnisse, die er als Kind unter dem NS-Holocaust angeblich erlitten hatte. Das Werk, verziert mit einer hymnischen Empfehlung von Daniel Jonah Goldhagen («Hitlers willige Vollstrecker») auf dem Klapptext, geriet zu einem der erfolgreichsten Bücher; es wurde in zwölf Sprachen übersetzt, der Autor mit Auszeichnungen und Preisen regelrecht überschüttet. Der Jubel der Massenmedien kannte kaum noch Grenzen der Begeisterung. Das Washingtoner Holocaust-Museum sponserte Wilkomirski einen Triumphzug durch die Vereinigten Staaten. Dann stellte sich, «oh Schreck», heraus, dass die ganze Story frei erfunden war!

Es fällt Licht auf die Wahrheit

In der «jüdischen Verlagsanstalt Berlin» ist nun das Buch «... alias Wilkomirski» veröffentlicht worden. Mit dem Untertitel: «Die Holocaust-Travestie». Geschrieben wurde dieses Werk vom Zürcher Schriftsteller und Autor Daniel Ganzfried, der einen grossen Anteil daran hatte, dass ein ganz besonderer Lügner und dessen Lü-

gengeschichte entlarvt werden konnte, der mit seinen frei erfundenen Holocaust-Erlebnissen unter dem Titel «Bruchstücke», verlegt beim Suhrkamp-Verlag, vor einigen Jahren die Meinungsindustrie zu Tränen rührte.

Geld, Wahrheit oder Lüge?

Am 27. August 1998 packte der in Israel geborene und heute in der Schweiz lebende Schriftsteller Daniel Ganzfried in der «Weltwoche» aus, was viele Einflüsse längst wussten: «Benjamin Wilkomirski alias Bruno Doesseker kennt Auschwitz und Majdanek nur als Tourist.»

Ganzfried war offensichtlich der Kragen geplatzt, denn er beklagte sich mit deutlichen Worten: «Die Lüge hat im Geschäft mit dem Holocaust Einzug gehalten.» Des Weiteren kritisierte er auch «das bis heute anhaltende Schweigen der jüdischen Organisationen» zu Fälschern und Betrügnern wie «Wilkomirski». «Es scheint, als wäre ihnen in Sachen Auschwitz die Wahrheit egal, solange sich die Wirkung der jüdischen Organisationen» zu Fälschern und Betrügnern wie «Wilkomirski». «Es scheint, als wäre ihnen in Sachen Auschwitz die Wahrheit egal, solange sich die Wirkung der jüdischen Organisationen» zu Fälschern und Betrügnern wie «Wilkomirski».

Professor Norman Finkelstein hat dem «Fall Wilkomirski» in seinem sensationellen Buch «Die Holocaust-Industrie» mehrere Seiten gewidmet. Finkelstein zeigt auf, wie das Lügenbuch genutzt wurde, um einmal mehr üble und einseitige Vergangenheitsbewältigung voranzutreiben. Ebenfalls ist der Schweizer Publizist Stefan Mächler dem «Fall Wilkomirski» nachgegangen. Er fand heraus, dass es die jüdische Literaturkritikerin Eva Koralnik war, die den «offenbar geistesge-

störten» Buchautor überredete, ein Manuskript zu verfassen. Der Suhrkamp-Verleger Dr. Unseld war begeistert und schlug sofort ein: Vertragsabschluss, Titelgestaltung – fertig!

Berechtigte Zweifel stiessen auf taube Ohren

Wie Mächler weiter herausfand, erhielt der Suhrkamp-Verlag wenige Wochen vor dem Erscheinen des Buches ein Schreiben von Hanno Helbling, dem Kultur-Chef der «Neuen Zürcher Zeitung». In deutlichen Worten teilte Helbling dem Suhrkamp-Verlag mit: «Ein Musiker, fünfzig Jahre alt, der es im Leben schwer hat oder hatte, ist dank der Hilfe eines Psychotherapeuten zu einer Identität gelangt. So, wie es früher gut zu wissen war, dass man heimlicherweise von Königen abstammte, so hat er sich davon überzeugen können, dass er ein überlebendes Opfer von Auschwitz sei. Auf Grund dieser – man sollte vielleicht nicht sagen: Aus der Luft gegriffenen, aber jedenfalls mit der Realität nicht vereinbaren – Annahme oder eben Gewissheit hat er ein Buch geschrieben ...; es scheint auch, dass jüdische Kreise ihn dazu ermuntert haben». Helbling warnte den Verleger auch ausdrücklich davor, das Buch als «echtes Erinnerungsbuch» zu veröffentlichen, weil das «früher oder später als fiktiv erkannt werden dürfte».

Buch hochgejubelt

Nur kurz stoppte Suhrkamp die Arbeiten an dem Buch. Und obwohl «Wilkomirski» trotz mehrerer Aufforderungen keine Dokumente vorlegen konnte, die seine Geschichte

gestützt hätten, hielten der Verlag und die «Eingeweihten» an dem Projekt fest. Nur ein Nachwort wurde eingesetzt, in dem auf die Schicksale von «Kindern ohne Identität» hingewiesen wurde. Und so wurde das Buch von «Benjamin Wilkomirski» in Kenntnis (!) aller Zweifel an der Echtheit veröffentlicht. Und hier liegt der eigentliche Skandal an der Lügengeschichte. Dem Verlag waren die Leserschaft und was ihnen dadurch angetan wurde, ob Jude oder Christ, egal. Und was nun folgte, könnte lächerlicher nicht sein. Weltweit wurde dieses Buch hochgejubelt und fast zu Tode gelobt. Der Autor wurde mit Preisen, Auszeichnungen und Ehrungen von verschiedenen jüdischen Organisationen, städtischen und nationalen Komitees überschüttet. Unter anderem wurde «Wilkomirski» die Ehrengabe der Stadt Zürich verliehen.

Lügefibel zurückgezogen

Nach langem Hin und Her zog der Suhrkamp-Verlag das Lügenbuch, das reichlich Geld hereinbrachte, schliesslich zurück. Verglichen mit der hymnischen Huldigung des Buches vor der Enttarnung, war die folgende Aufregung um die Fälschung eher gering. Leider konnte man nur selten Meldungen wie diese in den Medien lesen: «Die Stadt Zürich hat die Ehrung von 1995 für das Holocaust-Buch «Bruchstücke» von Benjamin Wilkomirski – eigentlich Bruno Doesseker – zurückgenommen. Ein Zürcher Historiker hat bewiesen, dass Wilkomirski seine Biografie gefälscht hat und nie im KZ war. Die Dotation (Sfr. 5000.–) darf Doesseker behalten. Gegen ihn läuft ein Strafverfahren wegen Betrugs.»

NZZ, Samstag/Sonntag, 25.26. Mai 2002, Nr. 118, Inland, Seite 14

Unappetitliche «Demokraten»

Vor Jahren einmal druckte die NZZ die vernichtende Kritik eines eben erschienenen Buches von Niklaus Meienberg ab. Der verzweifelte Meienberg erhielt daraufhin von einem Freund Zuspruch mit den Worten, er solle sich doch nicht allzu sehr grämen, immerhin sei er der NZZ eine ganze Seite wert gewesen. Den Schweizer Demokraten widmet die NZZ nun nicht gerade eine Seite, nur ein paar Zeilen in Spalte links, nichtsdestoweniger ist das ein Grund zur Freude.

Getrübt wird die Freude allerdings beträchtlich durch die Anwürfe von «fre.» an die Adresse der «unappetitlichen» Schweizer Demokraten. Auslöser dafür sind die Gedanken einer Mitarbeiterin des «Schweizer Demokraten», beliebige

nicht der Redaktion, wie fre. schreibt, darüber, weshalb die EX-PO.02 so ist, wie sie ist. Sie kommt dabei zum Schluss, dass die Abstammung von Nelly Wenger da eine Rolle spielen könnte. «fre.» hantiert mit den bestens bekannten Begriffen und Verdächtigungen, die die echten und appetitlichen Demokraten in solchen Fällen immer vorzubringen pflegen, und die mit «Faschismusverdacht» in einem Wort zusammengefasst werden können. Je nun, unsereins ist solches gewohnt, und wir wollen uns auch nicht lange ärgern, sondern uns trösten lassen durch die Tatsache, dass die «Anständigen» die «Randständigen» wieder einmal zur Kenntnis genommen haben.

Christoph Gasser

Ein seltsamer «Antisemitismus»

Das durch den Nahostkonflikt emotionell aufgeheizte Klima treibt seltsame Blüten, auch in der Schweiz! So wird die diesbezügliche Medienberichterstattung verdächtig, «antisemitisch» zu sein. Offenbar ist damit gemeint, sie sei antiisraelisch. Es wäre jedoch zutreffender, eine palästinenserfeindliche Berichterstattung «antisemitisch» zu nennen, würde man das Wort zum Nennwert nehmen! Die arabisch sprechenden Palästinenser kann man mit weit besserer Begründung als Semiten bezeichnen als die Juden. Propalästinensische Emotionen als «Antisemitismus» zu bezeichnen, ist damit absurd! Zwar ist es wahr, dass die Staatssprache von Israel Hebräisch ist, ebenfalls eine semitische Sprache. Aber ein grosser Teil der Juden als nach Israel Einwanderungsberech-

tigte und somit potenzielle israelische Staatsbürger sprechen kein Hebräisch, sondern Englisch, Französisch, Deutsch, Russisch oder eine andere europäische Sprache. Sie sind damit streng genommen zu meist Indogermanen.

Der Nahe Osten ist ein Kreuzweg grosser Völkerwanderungen zwischen Europa, Afrika und Asien, was vermutlich dazu beigetragen hat, dass er bis zum heutigen Tag ein kriegerisch-revolutionäres Pulverfass geblieben ist. An ihnen sind drei grosse Gruppen von Völkern oder «Ethnien» beteiligt, wobei es richtiger wäre, sie als Sprachgruppen zu benennen: Semiten, Indogermanen und Ural-Altai. Fast alle Europäer sind Indogermanen. Aber auch einige Ural-Altai leben in Europa: Türken, Ungarn, Finnen, Esten, Lappen oder

Samen sowie manche Minderheitsvölker in Russland. Auf der andern Seite leben viele Indogermanen auch in Asien, die wir nicht als den Europäern verwandt empfinden: Kurden, Iraner oder Perser und selbstverständlich die Inder, die eine von der alten Hochsprache Sanskrit abgeleitete Sprache sprechen. Zum Beispiel sind fast alle Völker Afghanistans Indogermanen: Paschtunen, Belutschen, Tadschiken und noch andere. Aber unbekümmert um diese Tatbestände wird von einem «Antisemitismus» berichtet, der durch die angeblich unobjektiv-israelfeindliche Berichterstattung aus dem Nahen Osten drohe. Das unwissenschaftlich verwendete Schlagwort eignet sich eben gut, um mit den im

Nahen Osten geschürten Emotionen Stimmung gegen eine vernünftige Korrektur der verheerenden Einwanderungspolitik in Europa zu machen, indem man ihn plötzlich und ohne nähere Begründung mit dem anderen Schlagwort einer angeblichen «Fremdenfeindlichkeit» verknüpft! Sehr richtig wurde in der Fernsehdiskussion im «DRS-Club» vom vergangenen 19. Juni unwidersprochen festgehalten, «Antisemitismus» sei eine Art Totschlagvokabel, mit welcher man die vernünftige Diskussion echter politischer Probleme abklemme. Dasselbe lässt sich allerdings auch von Beschimpfungen wie «Rassismus», «Rechtsextremismus», «Faschismus», «Ausländerhass usw. sagen!

Jean-Jacques Hegg, a. Nationalrat



Wachstumsideologie auf dem Prüfstand

Mehr Wachstum – mehr Überbevölkerung – mehr Umweltbelastung?

Bundesrat Couchepin samt FDP sowie die OECD schlagen Alarm wegen einer angeblichen «Wachstumsschwäche» der Schweiz, und das, obschon sie zugeben müssen, dass diese nach wie vor zu den reichsten Ländern der Welt gehört und einen «Wohlstandsvorsprung» aufweist. Dieser «Wohlstandsvorsprung» sei jedoch angeblich am Schrumpfen, die Schweiz habe ein «Wachstumsproblem» und ihre «Produktivität» sei zu niedrig. **Die Forderung nach mehr Wachstum in der Schweiz ist hysterisch. Was würde nämlich «mehr Wachstum» für die Schweiz bedeuten? Trotz dieser angeblichen «Wachstumsschwäche» hat die Schweiz mit etwa 2 Prozent auch die weltweit niedrigste Arbeitslosenzahl. «Wachsen» könnte sie demnach nur durch den Beizug von noch mehr Arbeitskräften aus dem Ausland. Das würde also – abgesehen von den Schwierigkeiten, die mit der Überfremdung zusammenhängen – noch dichtere Bevölkerung, noch mehr Umweltbelastung und Verbauung der letzten Erholungsgebiete und noch mehr Verkehrsinfarkte bringen!**

Warum kümmert sich die hohe Politik nicht vordringlicher um die sich öffnende Schere der Einkommensverteilung, «working poors» und Familien, die ihre Krankenkassenprämien nicht mehr bezahlen können, auf der einen Seite, Wirtschaftsmanager, die ihre Bezüge kaum mehr sinnvoll ausgeben

können, auf den andern? Und wie passt dieses Gejammer zur angeblichen Zielsetzung der Entwicklungshilfepolitik? Sie verfolgt doch das Ziel, das internationale Wohlstandsgelände ausgleichen zu wollen?

Jean-Jacques Hegg

Und hiezu folgender Kommentar:

Wachstum ist kein echter Wohlstandsindikator

Zwei Prozent Wachstum sollen sie bringen, die bilateralen Verträge, die am 1. Juni in Kraft getreten sind. Damit soll suggeriert werden, dass die bilateralen Verträge etwas Gutes sind und den Wohlstand der Schweizer Bürger mehren. Dies ist aber nicht richtig. Selbst wenn es stimmen würde, dass mit dem Inkrafttreten der Verträge ein Wirtschaftswachstum von zwei Prozent verbunden wäre, dann sagt dies noch gar nichts darüber aus, welche Wohlstandswirkungen diese Verträge haben. Vielmehr zeigen solche Schlagzeilen, dass man entweder die wissenschaftliche Diskussion der letzten 30 Jahre verschlafen hat oder aber das Schweizervolk bewusst täuschen will.

Das Bruttoinlandprodukt, auf das sich die Wachstumswahlen in der Regel beziehen, ist eine volkswirtschaftliche rechnerische Gesamtgrösse, die sich aus einer Reihe verschiedener Einzelgrössen zusammensetzt. Den wichtigsten und

weitaus grössten Anteil bildet die sogenannte Wertschöpfung einer Volkswirtschaft, d.h. der Marktwert aller erstellten Güter und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft innerhalb eines Rechnungsjahres. Schon Anfang der Siebzigerjahre des letzten Jahrhunderts ist diese Grösse als Wohlstandsmassstab in die Kritik geraten: Das Bruttoinlandprodukt sagt nämlich gar nichts über die Verteilung dieser Wertschöpfung auf die Bevölkerung aus, es werden keinerlei unentgeltliche Leistungen erfasst, Umweltschädigungen werden nicht erfasst, aber Kosten, die für die Behebung von Schäden aufge-

bracht werden müssen, werden als Wohlstandsmehrung gerechnet. Wenn ein Abrissunternehmen für viel Geld einen alten Bauernhof dem Erdboden gleichmacht, dann mehrt dies das Bruttoinlandprodukt; wenn aber der Bauer zuvor im Tausch gegen Obst und Gemüse Milch und Käse abgegeben hat, dann taucht solches gar nicht in der Statistik auf. Schon in den siebziger Jahren wurde von Seiten der Sozialwissenschaften deshalb gefordert, verschiedene, differenzierte Sozialindikatoren heranzuziehen, um wirkliche Wohlstandsmehrung zu messen.

Aus: Zeitfragen

Auf den Spuren wilder Tiere

Duftspuren, Fussabdrücke, Frass- und Kots Spuren – die Natur verbirgt viel Geheimnisvolles. Viele Tiere zeigen sich selten – umso häufiger findet man aber ihre Spuren, die von nächtlichen Streifzügen erzählen.

Füchse leben fast überall in der Schweiz. Wie viele einheimische Säugetiere, sind sie vor allem nachts aktiv. Manchmal findet man ganze Fuchsbau-Kolonien. Ob es sich bei der im Wald entdeckten Höhle wirklich um einen Fuchsbau handelt, kann man anhand der Fuss-, Kot- und Frassspuren herausfinden. Mit ihrem Kot markieren die Füchse ihr Territorium, meist etwas erhöht an gut sichtbaren Stellen. Je nachdem, was ein Fuchs gefressen hat, kann der Kot von unterschiedlicher Farbe sein. Wenn er Beeren frisst, ist der Kot dunkelrot bis violett, ist er weisslich, deutet das auf eine knochenreiche Mahlzeit hin. Frisst er Beeren oder Aas, hinterlässt er keine Spuren, sind es aber Vögel, bleiben als sichtbare Überreste die Federn.

Wer war da am Werk?

Verschiedene Tierarten haben verschiedene Techniken, um etwas zu fressen. Ein abgenagter Tannzapfen zeigt, welches Tier sich daran

gütlich getan hat. Vorausgesetzt natürlich, man weiss, worauf man achten muss... Während das Eichhörnchen einen «struppigen» Zapfen mit einem ausgefranzten Ende hinterlässt, sehen die abgenagten Tannzapfen einer Waldmaus sauber und gleichmässig aus. Der Specht hingegen steckt ihn in eine Astgabel und pickt die Samen aus dem Innern, ohne die Schuppen wegzubeissen. Danach sieht der Zapfen ziemlich zerfetzt aus; hat der Zapfen seine Form behalten, aber seine Schuppen sind gespalten, dann war es das Werk des Fichtenkreuzschnabels.

Das «steini» gratis zum Kennen lernen

Alles übers Spuren lesen und Fährten verfolgen erfahren interessierte Kinder (und selbstverständlich auch Erwachsene) aus der Pro Natura-Kinderzeitschrift «steini» mit Reportagen, Spielen, Basteleien und Tipps für die ganze Familie.

Für ein Gratisexemplar oder ein Geschenkabonnement für Fr. 20.– einfach einen adressierten, frankierten C5-Briefumschlag mit entsprechendem Hinweis schicken an: Pro Natura, Redaktion «steini», Postfach, 4020 Basel

Bevölkerungsdichte belastet Umwelt

Noch vor wenigen Wochen verfielen die Medien sowie Teile der Wirtschaft und Politik in geradezu frohlockende Stimmung, als die Bevölkerungsstatistik der Schweiz eine deutliche Zunahme von Einwohnern (insbesondere durch Einwanderung) proklamierte; wirtschaftlicher Lichtblick für die Produktionssteigerung und Rettungsring für die staatlichen Sozialversicherungen AHV und IV waren vordergründig. Ob dadurch auch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden können, wurde nirgends erwähnt. In den letzten Tagen berichten uns die Forscher des

nationalen Schwerpunktprogrammes Umwelt (SPP), dass es um die Luft in der Schweiz schlecht, sogar sehr schlecht stehe, der Lärm im Lande vielerorts unerträglich und unzumutbar sei, der Verkehr dabei die Hauptschuld trage, die Böden allenthalben kollabieren, viele Tier- und Pflanzenarten ausgerottet seien, und – quasi als Höhepunkt – jede Sekunde ein Quadratmeter Land verbaut würde. Weder die Bevölkerungsstatistiker des Bundes noch die Verfasser des Syntheseberichtes des nationalen

Fortsetzung Seite 4

Fortsetzung von Seite 3

SPP verweisen dabei auf einen direkten Zusammenhang zwischen Umweltbelastung einerseits und Bevölkerungsdichte und der dazu zur Verfügung stehenden Fläche andererseits, obwohl gerade hier der wunde Punkt zu finden ist. Dem (mit Recht) verlangten Schutz der ökologischen Grund-

lagen kann bei unverminderter (und bejubelter) Bevölkerungszunahme unmöglich Rechnung getragen werden. Da sich die Fläche der Schweiz nicht vergrössern wird, werden nebst zunehmend aggressivem Verhalten der Bevölkerung (psychologischer Effekt) massive Einschränkungen der persönlichen Freiheit die logische Folge sein.

Jungvögel am Boden – nur scheinbar hilflos

Die Jungvögel verlassen jetzt ihre Nester. Manchmal geschieht das bevor sie richtig fliegen können. So kommt es gerade jetzt häufig vor, dass Passanten scheinbar verlassene Jungvögel am Boden auffinden und helfen wollen.

Wer dem Drang, die süssen Jungvögel mit nach Hause zu nehmen und aufzuziehen nachgibt, hilft herzlich wenig: Die Aufzucht solcher Vögel ist schwierig und das fehlende natürliche Verhalten der von Menschenhand aufgezogenen Vögel macht eine Auswilderung problematisch – die Überlebenschancen solcher Tiere in freier Wildbahn sind sehr gering. Die Haltung von Wildvögeln in Gefangenschaft auf der anderen Seite ist ausschliesslich mit Spezialbewilligung möglich.

In den meisten Fällen brauchen

solche Jungtiere keine menschliche Hilfe: Vögel, die ihr Nest verlassen haben, werden auch am Boden noch von ihren Eltern sorgfältig weiterbetreut und gefüttert. Geraten solche unerfahrenen kleinen Flatterer in kritische Situationen (wie zum Beispiel auf die Strasse, in die Nähe von Katzen usw.) ist es jedem Tierfreund durchaus erlaubt, kurz und einfach erste Hilfe am Vogel zu leisten, in dem er das Jungtier aufhebt und ins nächste Gebüsch oder auf den nächsten Baum setzt. Im Gegensatz zu anderen Wildtieren akzeptieren es Vogeleltern nämlich, wenn ihre Jungen kurz von Menschen berührt wurden und betreuen sie problemlos weiter. Ansonsten gilt die goldene Regel: Lassen Sie Jungvögel dort wo sie sind!

Aus: Tierrettungsdienst

eine Heuschreckenart, die es sonst nirgends auf der Welt gibt! Fast 70'000 Beobachtungen wurden von 138 freiwilligen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für diese wissenschaftliche Arbeit zusammengetragen. Sie haben dadurch das Wissen über die kleinen Hüpfervervielfacht. Während acht Jahren haben Philippe Thorens und sein Kollege Adolf Nadig diese Angaben überprüft, mit eigenen Beobachtungen ergänzt und ausgewertet. Damit kann die Verbreitung der 111 einheimischen Arten auf Karten mit 5-Quadratkilometer-Raster dargestellt werden. Mit dem Verbreitungsatlas der Orthopteren der Schweiz steht erstmals eine umfassende Übersicht über das Vorkommen und die Lebensräume

der Heugümper und ihrer nächsten Verwandten zur Verfügung. «Der Verbreitungsatlas ist eine wichtige Grundlage für den Artenschutz», erklärt Alfred Wittwer von Pro Natura. Heuschrecken sind eine ganz besonders interessante Gruppe. Sie sind nicht auf eine spezielle Nahrung, auf bestimmte Beutetiere oder Pflanzenarten angewiesen. Viele Arten bevorzugen jedoch ganz bestimmte Temperaturbedingungen, Feuchtigkeitsgrade, Bodenverhältnisse oder Strukturen. Sie stellen hohe Ansprüche an ihren Lebensraum und sind entsprechend selten. Die Schweizer Goldschrecke und 66 andere Arten gelten deshalb als gefährdet oder vom Aussterben bedroht.

pro Natura

Hühner ohne Federn – Menschen ohne Respekt?

Laut Medienberichten haben israelische Genforscher eine neue Hühnerrasse gezüchtet, die gänzlich ohne Federkleid auskommen muss. Die Hühner könnten, so der zuständige Professor, unter «optimalen Bedingungen» wachsen. Sie litten weniger unter der Hitze, seien weniger fett und müssten vor dem Verzehr nicht mehr gerupft werden. Weshalb sollten Hühner unter der Hitze leiden? Hühner leiden nicht unter Hitze, dafür hat die Natur mit dem Federkleid gesorgt. Sie leiden höchstens darunter, wenn sie völlig unnatürlich gehalten werden – z. B. in Batterien. Ausserhalb eines geschlossenen Raums würden sie im Übrigen entweder massive Hautverbrennungen erleiden oder frieren, woraus ebenfalls geschlossen werden kann, dass diese Hühner wohl nie das Sonnenlicht sehen werden. Es ist offensichtlich, dass dies eine weitere Perversion im Umgang mit Tieren darstellt. Alle Menschen, die auch nur noch einen Funken



Respekt vor der Natur besitzen, sollten dem nicht tatenlos zusehen. *The World Foundation for Natural Science* als wissenschaftliche Organisation, welche die Naturgesetze lehrt und den Idealen des heiligen Franziskus verpflichtet ist, fordert deshalb Universitäten, Forschungsinstitute, Bauernverbände, Konsumenten-Organisationen und Privatpersonen auf, sich aktiv gegen diesen unglaublichen Eingriff in die Schöpfung und für die Achtung der Natur und des Lebens einzusetzen.

World Foundation for Natural Science

Die seltenste Heuschrecke der Welt lebt in der Schweiz!

Die «Schweizer Goldschrecke» gehört zu den seltensten Heuschreckenarten der Welt. Dies ist ein Ergebnis des neuen «Verbreitungsatlas der Orthopteren der Schweiz», herausgegeben von CSCF (Centre suisse de cartographie de la faune) und Pro Natura. Auf den ersten Blick ist sie in den Grasbüscheln und Alpenrosen kaum zu entdecken, die unscheinbar gefärbte, kaum daumengrosse



Schweizer Goldschrecke (*Chrysochraon keisti*)

Schweizer Goldschrecke. Nur der von weitem hörbare, rhythmische Gesang verrät dem Experten: Hier, in den Bergwiesen der Churfürsten, lebt eine Rarität: die Schweizer Goldschrecke. Ihre Entdeckung klingt wie ein exotisches Abenteuer. Motiviert durch einen neuen Bestimmungsschlüssel über Heuschrecken sieht sich der Arzt und Hobby-Naturforscher Dr. Bruno Keist die Grashüpfer seiner Umgebung einmal näher an. Am 28. September 1986 stösst er auf einer Exkursion im Toggenburg auf eine Heuschrecke, deren eigenartig gleichförmiger Gesang ihm auffällt. Sie lässt sich auch mit dem neuen Bestimmungsbuch nicht identifizieren. Keist schickt Fotos dieser Tiere dem Heuschreckenspezialisten Adolf Nadig. Dieser steigt selbst ins Gebiet und stellt fest: Auch in der Schweiz kann man noch neue Tierarten entdecken. Die Ergebnisse des vom Centre suisse de cartographie de la faune (CSCF) und Pro Natura herausgegebenen Verbreitungsatlas der Orthopteren der Schweiz zeigen nun: Nur auf einigen wenigen Bergwiesen der Churfürsten lebt

Japan gegen Schutz der Wale

Am 27. Juli endete in London die Jahrestagung der Internationalen Walfangkommission (IWC). Die Vorschläge für Walschutzgebiete im Südpazifik und im Südatlantik wurden abgelehnt. Das ist offensichtlich das Resultat von Japans Einfluss auf kleine und arme Nationen, die an der IWC im Austausch für Wirtschaftshilfe vorbehaltlos im Sinne Japans stimmen. Damit wurde die Chance verpasst, die Wale, die in den Nahrungsgründen in der Antarktis bereits geschützt sind, auch in ihrem Paarungs- und Aufzuchtgebiet und ihren Migrationsrouten zu schützen. Die zwei Walschutzgebiete hätten im Falle der Wiederaufnahme des kommerziellen Walfangs auch einen gewissen Schutz für die Walpopulationen in

diesen Gebieten bedeutet. Die Schweiz hat sich anfangs gegen die Schaffung von weiteren Walschutzgebieten ausgesprochen, konnte dann aber doch noch teilweise umgestimmt werden. So hat sie das Walschutzgebiet im Südpazifik bejaht, sich aber bei der Abstimmung zum Walschutzgebiet im Südatlantik der Stimme enthalten. Gleichzeitig wurde eine geschichtsträchtige Resolution betreffend der zweifelhaften Praxis des Stimmenkaufs Japans mit Konsens verabschiedet. Mittels Wirtschaftshilfe Einfluss auf das Stimmverhalten von kleinen Inselstaaten und gewissen Entwicklungsländern zu nehmen, ist ethisch nicht vertretbar und verstösst gegen die internationale Diplomatie. ASM

SD gegen die Verschleuderung des Bürgerrechts

He. Die Schweizer Demokraten (SD) wandten sich anlässlich der Nationalratsdebatte vom 18. Juni 2002 vehement gegen den Vorschlag des Bundesrates, dass Ausländer der dritten Generation bereits bei der Geburt automatisch Schweizer werden sollen. Inakzeptabel ist auch die Idee der Einbürgerungserleichterungen bei der zweiten Ausländergeneration, auch dann, wenn sie den grössten Teil der Schulzeit in der Schweiz verbracht hat. Selbstverständlich lehnen die SD auch ein willkürliches Beschwerderecht gegen die Ablehnung von Einbürgerungen entschieden ab.

Namens der SD beantragte Nationalrat Bernhard Hess, auf die Bürgerrechtsvorlage gar nicht erst einzutreten. Hier Auszüge aus seinem Votum:

«Es ist eine Tatsache, dass grosse Teile der Schweizer Bevölkerung mit der bundesrätlichen Ausländer-, Einwanderungs- und Asylpolitik nicht einverstanden sind. Ablehnende Einbürgerungsentscheide in der Gemeindeversammlung oder an der Urne sind nicht zuletzt Ausdruck dieser kritischen Haltung. Viele Menschen haben genug von jenen Politikern und Parteien, welche Asylmissbrauch und Masseneinwanderung tatenlos hinnehmen und jetzt auch noch das Schweizer Bürgerrecht quasi verschachern möchten.

Das Ziel dieser Bürgerrechtsrevision ist sonnenklar: **Mit Masseneinbürgerungen und durch Ausschaltung des Stimmvolkes soll der Ausländeranteil massiv gesenkt und unser Land für Zuwanderer noch attraktiver gemacht werden.** Die direkte Demokratie in Einbürgerungsfragen ist der herrschenden Politkaste ein mächtiger Dorn im Auge. Deshalb soll der Volkswille mit Rekursmöglichkeiten gegen abschlägige Einbürgerungsentscheide und durch automatische Erteilung des Bürgerrechts ausgeschaltet werden.

Es muss jedoch kaum erwähnt werden, dass alle diese Zwangseinbürgerungs-Vorschläge von den Schweizer Demokraten ablehnend beantwortet und sowohl hier im Nationalrat wie dann mittels eigenem Referendum bei einer allfälligen Volksabstimmung konsequent bekämpft werden.

Bürgerrechts-Waterloo vorausgesagt

Einbürgerungsvorschläge haben es vor dem Volk schwer. Frau Bundesrätin, ich prophezeihe Ihnen auch beim kommenden Einbürgerungs-Urnengang ein politisches Bürgerrechts-Waterloo. Schauen Sie in die Geschichte! Erst im Juni 1994 ist eine Vorlage zur erleichterten Einbürgerung am Ständemehr gescheitert. Einzig die SD wandten

sich gegen die Forderung, junge Ausländer erleichtert einzubürgern. Der Bunderat und sämtliche Bundesratsparteien – auch die SVP – stemmten sich damals nicht gegen diese Vorlage, welche sogar noch deutlich weniger weit ging als die jüngsten Vorschläge des Bundesrates. Im Dezember 1983 wurde ein Gesetz über eine erleichterte Einbürgerung von jungen Ausländern, Flüchtlingen und Staatenlosen klar abgelehnt. Auch damals waren ausser der NA und den «Vigilants» alle im Parlament vertretenen Parteien für eine Lockerung der Einbürgerungen.

So ist es bezeichnend für die bedenkliche Einstellung des Bundesrates und der Regierungsparteien, dass sie nun die direkte Demokratie auf rechtem Weg und mit erleichteter Einbürgerung aushebeln wollen und einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung predigen. **Dabei missachten sie aber den für die direkte Demokratie fundamentalen Grundsatz, dass die Bürgerinnen und Bürger das Recht haben abzustimmen, ohne sich auch nur einen Deut für ihren Entscheid rechtfertigen zu müssen.** Es ist ein elementares Freiheitsrecht, souverän und ungebunden abstimmen zu dürfen. Die Abstimmungs-freiheit ist bedingungslos. Wer diesen Grundsatz in Frage stellt, rüttelt an den Grundfesten der direkten Demokratie.

Der politische Kampf gegen die Einbürgerung durch das Volk zeigt eine gefährliche Tendenz: Wer die Demokratie in Einbürgerungsfragen beschneidet, ist bereit, dies auch in anderen Bereichen zu tun. Von den gegenwärtig rund 1,5 Millionen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit erfüllen immer mehr die bundesgesetzlichen Voraussetzungen für eine Einbürgerung. In einzelnen Kantonen und Gemeinden liegt die Messlatte – zum Beispiel bei der Aufenthaltsdauer – grundsätzlich oder in der gängigen Praxis bedeutend höher. Trotzdem rechnet das Bundesamt für Statistik hoch, dass im Moment um die 630'000 Ausländer einen Antrag auf den roten Pass stellen könnten.

Ausländer der dritten Generation sollen mit der Geburt in der Schweiz automatisch den Pass erhalten (so genanntes *Ius soli*). Dazu ist eine Änderung der Bundesverfassung zwingend nötig. Man schätzt die Zahl jener Ausländer der dritten Generation auf 50'000 bis 100'000.

Über 30'000 Einbürgerungen

Mit 28'000 Einbürgerungen – immerhin die Einwohnerzahl der Städte Burgdorf und Langenthal – ziere die Schweiz angeblich den Schluss der europäischen Rangliste. **Verschwiegen wird jedoch die Tatsache, dass das grosse Deutsch-**

land noch weit restriktiver einbürgert und dass die Schweiz, bezogen auf die einheimischen Staatsangehörigen, mit 3,5 Personen auf 1000 Schweizer rund doppelt so viele Ausländer einbürgert wie der Durchschnitt der EU-Staaten.

Auch im Lichte der Entwicklung der jährlichen Einbürgerungszahlen erweist sich die schweizerische Einbürgerungspraxis als alles andere als restriktiv. Erhielten im

Jahr 1990 insgesamt 8658 Personen das Schweizer Bürgerrecht, waren es 2002 30'075.

Hiermit bekräftige ich nochmals, dass die Schweizer Demokraten gegen jegliche Erleichterungen der Einbürgerungsvorschriften wo nötig das Referendum ergreifen werden. **Niemals werden es die SD zulassen, dass das Schweizer Bürgerrecht zum Nulltarif verschleudert wird.»**

Motion Bernhard Hess

Bekämpfung Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln

Die Landesregierung wird ersucht, das Strafgesetz dahingehend zu revidieren, dass Übergriffe auf das

Personal in öffentlichen Verkehrsmitteln künftig als Offizialdelikt gehandelt werden können.

Interpellation Hess Bernhard (SD)

Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetze in EU-Europa

In den letzten Wochen und Monaten haben eine Reihe von europäischen Staaten im Alleingang ihre Gesetze gegen Einwanderer und Asylbewerber zum Teil massiv verschärft oder sind dabei, es zu tun. Grossbritannien will illegale Einwanderer künftig innerhalb von Tagen (nach Frankreich) abschieben. Die dänische Regierung wird die Attraktivität für Einwanderer unter anderem mit massiven Kürzungen bei den Sozialleistungen weiter reduzieren. Selbst die Niederlande, bisher bekannt für ihre grosszügige Ausländer- und Asylpolitik, hat soeben weitreichende Massnahmen gegen die illegale Einwanderung sowie gegen den Asylrechtsmissbrauch verabschiedet. Das italienische Parlament hat erst gerade ein Gesetz verabschiedet, das von der Opposition erwartungsgemäss als «rassistisch» charakterisiert wurde. Gemäss Medienberichten befürchtet der Direktor des Bundesamtes für

Flüchtlinge (BFF) nach der Verschärfung des Asylrechts in einzelnen europäischen Ländern einen zunehmenden Druck auf die Schweiz. Deshalb bitte ich die Landesregierung um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie reagiert der Bundesrat auf die zum Teil massive Verschärfung der Ausländer- und Asylgesetze in EU-Europa und insbesondere auf den zunehmenden Einwanderungsdruck auf die Schweiz?
2. Könnten einige Modelle (z. B. Dänemark, Niederlande oder Grossbritannien) nicht auch als Vorbild zur Bekämpfung der illegalen Einwanderung, des Asyl- und Sozialgeldmissbrauchs dienen?
3. Wie will die Landesregierung die derzeitige Schwarzafrikaner-Invasion in die Schweiz stoppen?
4. Was gedenkt der Bundesrat gegen Asylbewerber – insbesondere aus Schwarzafrika – zu tun, welche im Drogenhandel aktiv sind oder sonstige Straftaten verüben?

Postulat Bernhard Hess

Selbstschutz für Kondukteure: Pfefferschutzspray

Zur Bekämpfung der zunehmenden Gewalt in öffentlichen Verkehrsmitteln bitte ich den Bundesrat zu prüfen, ob künftig Zugbegleiter und Kondukteure zum Selbstschutz mit einem Pfefferspray ausgerüstet werden könnten.

Begründung

Das SBB-Zugpersonal lebt gefähr-

lich. Die Intensität und Anzahl der Attacken auf Angestellte des öffentlichen Verkehrs sind steigend. Allein im vergangenen Jahr sind beim Zugpersonal 200 Fälle bekannt geworden, in denen Mitarbeitende beschimpft oder tätlich angegriffen worden sind. Praktisch jede Woche muss sich ein verletzter Angestellter des öffentlichen Verkehrs von einem Arzt behandeln lassen.

Das Ende der Privatsphäre

Die Meinungen über den Film «Der Staatsfeind Nummer eins» gehen auseinander: die einen finden ihn übertrieben, andere sind dagegen überzeugt, dass Geheimdiensten und Polizei noch viel mehr zuzutrauen ist. Die Handlung: ein erfolgreicher Rechtsanwalt, glücklich verheiratet, Vater eines Sohnes, sehr wohlhabend, führt ein zufriedenes Leben. Bis zu jenem Tag, an dem er für seine Frau ein Geschenk kaufen will und in einem Dessousgeschäft einen Bekannten trifft, der kurz darauf von einem Auto überfahren wird. Von da an ist nichts mehr wie vorher. Sein Leben rutscht in ein totales Chaos. Er verliert seine Klienten, seine Frau verdächtigt ihn der Untreue, seine Kreditkarten und Konten werden gesperrt. Der Mann mit Einfluss, Macht und Geld hat die Kontrolle über sein Leben verloren, die plötzlich ein anderer oder andere über ihn zu haben scheinen. Warum?

Der Bekannte im Dessousgeschäft hatte dem Anwalt unbemerkt eine Diskette in die Tasche gesteckt. Zu sehen war auf der Diskette die Ermordung eines Senators, der sich geweigert hatte, ein neues Gesetz zu verabschieden, das die lückenlose Überwachung von Vorverdächtigen gestattet. Der Anwalt wird nun selbst Opfer dieser Techniken. Was er tut, wohin er auch geht: er steht unter totaler Kontrolle. Er ist der «Staatsfeind Nummer 1», verwandt und ständig abgehört, per Satellit oder Mobilfunk geortet. Jede Information über ihn kann in wenigen Sekunden aus einer Megadatenbank abgerufen werden. Geheimdienstmitarbeiter schmunzeln über diesen Film mit Will Smith und Gene Hackman in den Hauptrollen. Für sie ist der Streifen nicht «sehr realistisch», weil verharmlosend: «Glauben Sie wirklich, dass wir das alles können. Wir können noch viel mehr. Und die Technik kann auch noch viel mehr als im Film angedeutet ist.» La vie surpasse la fiction. Immerhin haben CIA- und FBI-Vertreter Regisseur und Produzenten bei den Dreharbeiten unterstützt. Gene Hackman hat sich eigens von Agenten der NSA (National Security Agency) beraten lassen.

Die WTC-Attacke hat die Sensibilität gegenüber Datensammeln stark reduziert

Seit dem 11. September 2001, dem Tag der Terroranschläge auf World Trade Center und Pentagon, ist die Welt nicht mehr so wie vorher. Nach diesen Attentaten entbrannte die Diskussion um Sicherheitsvorkehrungen, die solche Attentate verhindern könnten. Dabei werden aber immer wieder Methoden zur Diskussion gestellt, die schwer in die Privat- und Wirtschaftssphäre



der Bürgerinnen und Bürger eingreifen. Unter dem Deckmantel der Terrorbekämpfung wollen Staaten Überwachungssysteme installieren, die einer Totalkontrolle gleichkommen und mit der – wie einst im Dritten Reich das Reichssicherheitshauptamt unter Reinhard Heydrich mit seiner Praxis der präventiven Täterermittlung – unschuldige, unbescholtene Bürger überwacht und kontrolliert werden.

Die für die Installierung solcher Systeme zuständigen Behörden (Innenministerien, Justizministerien, Verkehrsministerien, EU-Kommission) nutzen die Situation, um ihre seit langem geplanten Überwachungssysteme einzuführen. Der Staat mutiert in aller Stille zu George Orwells grossem Bruder, der seine Bürger ständig unter Kontrolle haben will. Er arbeitet an der vollkommenen Transparenz des Bürgers und Unternehmers, der Gesellschaft und der Wirtschaft.

Die staatliche Kontrolle hat in den vergangenen Jahren kräftig zugenommen. Ein schleichender Prozess. Lauschangriff und Rasterfahndung sind heute ebenso State of the art wie Videoüberwachung, DNA-Analyse, Durchleuchten von Geldflüssen oder die Kontrolle der Kommunikation und der Verkehrswege.

Ein Irrglaube: «Ich habe nichts zu verbergen»

Den Behörden wird die totale Überwachung erleichtert. Misstrauen und Angst greifen um sich als Folgen der gesellschaftlichen Verwahrlosung von ethnischen Minderheiten und Jugendgruppen. Folglich regt sich kein Widerstand in der Bevölkerung, solange suggeriert wird, dass alles im Interesse ihrer Sicherheit geschieht. Dass dabei die Privatsphäre verloren geht, ist der Masse der Bevölkerung gleichgültig. Man darf sich angesichts einer Überwachungspraxis, die man bisher nur aus totalitären Staaten kannte, einmal mehr fragen, wer eigentlich den Kalten Krieg gewonnen hat. Die Bevölkerung ist eher bereit, ihre Privatsphäre durchschnüffeln zu lassen als den leisesten Hauch von Unsicherheit zu spüren. Ein weiteres Problem: Wer heute gegen strikte Überwachungsmethoden plädiert, macht sich gleich verdächtig als Helfershelfer des Bösen.

Weil die Medien seit dem 11. September 2001 immer wieder verbreiten, dass das Böse – in Form von «Schläfern», wie die Terroristen genannt werden, die aktiv werden, wenn sie der Ruf des Terroristenchefs ereilt – mitten in unserer Welt lebt, ist die Angst vor Terrorismus und Verbrechen grösser geworden. Niemand fragt nach der Substanz solcher Behauptungen, niemand nennt die Quelle. Es können aber nur Abwehrdienste sein, die im Bedürfnis, ihre eigene Bedeutung und Unentbehrlichkeit herauszustreichen, laufend Tartarermeldungen durchsickern lassen.

Informationen oder nur Daten

Doch die totale Kontrolle könnte genau das Gegenteil dessen bewirken, was damit erzielt werden will, nämlich der «Sicherheit» zu dienen. Das hat der 11. September 2001 gezeigt. Es gibt keine demokratisch strukturierte Nation, die mehr für Polizeiorganisationen und Geheimdienste ausgibt als die Vereinigten Staaten. FBI-, CIA- und NSA-Mitarbeiter sind über die gesamte Welt verstreut, sammeln mit den neuesten Technologien, vom Mobilfunk über Satellitentechnologie bis zu komplizierten Analyse-Programmen, Informationen über Informationen, waren aber nicht in der Lage, ernst zu nehmenden Hinweisen nachzugehen, die vielleicht geholfen hätten, das Attentat zu vereiteln. Überwacht werden europäische Wirtschaftskonzerne, um amerikanischen Unternehmen Aufträge zuzuschancen, genauso wie terroristische Organisationen. Die Bulletins, die dabei zusammengetragen werden, sind detailliert und umfassend. Häufig sind sie so informativ, dass US-Konzerne europäischen Unternehmen Aufträge wegschnappen konnten. In manchen Bereichen aber auch so umfangreich, dass brauchbare Informationen nicht verwertet wurden.

Die USA sind Opfer der eigenen Datenjagd geworden. Quantität ist nicht Qualität. Die quantitative Überwachung aller Bürger ist qualitativ nicht gut genug, um Verbrechen zu verhindern.

Täglich werden 10 Milliarden elektronische Kurzmitteilungen verschickt, 4 Milliarden elektronische Briefe mit Millionen von Anhängen, von der Datei über die Grafik bis zum Bild. Drei Milliarden Telefongespräche werden von einem Festnetzapparat und eine Milliarde Mobiltelefonen aus geführt sowie einige Milliarden Internet-Seiten aufgerufen. Ein Heer von hunderttausenden Mitarbeitern filtert die Daten über eingegebene Suchwörter. Wer in einem grenzüberschreitenden Gespräch bestimmte Stich-

worte benutzt, muss schon damit rechnen, belauscht und notiert zu werden.

Die gefährliche Verknüpfung

Die Entwickler der Überwachungssysteme versuchen mit der Verknüpfung verschiedener Systeme und Technologien, die Trefferquote zu erhöhen und Politiker zu überzeugen. Das gelingt ihnen, wie die Pläne und Absichten in Europa zeigen. Doch die Folgen der totalen Überwachung sind fatal. Ein Grossteil der Bevölkerung begrüssert sie derzeit, aber was sie riskiert, merken sie erst, wenn sie ihre Privatsphäre verloren haben, und dann ist es zu spät. Der Staat weiss heute schon unendlich viel mehr als nötig ist. Unsere Freiheit ist ganz klar bedroht.

Deutlich erkennbar ist, dass die Überwachung globalisiert wird. Überwachungs- und Kontrollsysteme sind nicht nur auf Staaten, Staatenbünde oder auf Kontinente konzentriert. Es wird an globalisierten Systemen gearbeitet, die auf Knopfdruck Informationen über jeden Menschen, über jedes Unternehmen auf dieser Welt liefern sollen. Datenbanken, ob sie nun World-Check, KARNAC oder DNA-Database heissen, zielen auf diese globale Kontrolle ab.

Die Datenbank der bösen Buben

Nehmen wir nur das Beispiel «World-Check»: so nennt sich die Software und Datenbank, die das in Grossbritannien beheimatete Unternehmen Global Objectives Ltd. anbietet. World-Check zeichnet praktisch die schwarze Liste der gesamten Welt und ist ein globales Nachschlagewerk. Datensätze von mehr als 60 000 Menschen sind in World-Check enthalten, pro Woche kommen etwa 4000 bis 6000 hinzu. Auf Knopfdruck liefert die Datenbank Informationen über die, wie Firmenchef David Leppan formuliert, «ganz bösen Buben dieser Erde». Personen aus dem Umfeld der organisierten Kriminalität, des Waffen- und Drogenhandels, des Menschenschmuggels, der Korruption und des Terrorismus verzeichnet die Software ebenso wie politisch exponierte Personen, die keineswegs straffällig geworden sind, aber sensible Positionen bekleiden. «Wenn die Schwiegertochter von Boris Jelzin ein Konto eröffnen will, muss das die Bank wissen», rechtfertigt sich David Leppan. 1456 Schweizer, 1300 Deutsche und 315 Österreicher sind in seiner Datenbank erfasst. Wehe dem, dessen unbescholtener Name einmal «irrtümlich» auf einer solchen Liste landet. World-Check ist für eine Million Personen konzipiert.

Das Ende der Reisefreiheit

Auf Knopfdruck Informationen über jeden reisenden (Welt)Bürger ist ein durchaus realistisches Ziel. Angeblich werden die amerikanischen Geheimdienste aus, wer neben wem im Flugzeug sitzt. Konkret soll das Programm die Namen von Passagieren und die Sitzordnung abgleichen. Wer sitzt neben wem, sitzen zufällig Kriminelle nebeneinander oder innerhalb weniger Reihen, und gibt es andere Auffälligkeiten?

Überhaupt: der gläserne Reisende. Was viele bisher für utopisch hielten, wurde nach den Attentaten am 11. September 2001 plötzlich konkret: Die amerikanische Flugbehörde FAA (Federal Aviation Authorities) kündigte ein «breit angelegtes» Sicherheitssystem an, das die Passagierdaten und somit die Reisenden selbst analysiert. Die Software gibt von jedem Passagier ein Röntgenbild seiner sozialen und finanziellen Situation. In einer Datenbank werden sämtliche Passagierdaten erfasst und analysiert: Reiseverlauf, Unterkünfte, demographische und persönliche Daten. Diese Informationen analysiert eine Prognosesoftware, im Fachjargon Data-Mining genannt. Auffällende Aktivitäten und Reisepläne wecken gleich Verdacht. Diese Passagiere werden besonders intensiv überprüft. Die amerikanische Regierung plant, jedes Reservierungs- und jedes Airline-System an eine Datenbank zu koppeln, die mit Regierungsdatenbanken verknüpft ist. Mit diesem User-Profiling-System können die Amerikaner auch Geschäftsreisende erfassen, die nicht in den Vereinigten Staaten leben, sofern sie so leichtsinnig sind, mit einer US-Gesellschaft zu fliegen oder in einem amerikanischen Hotel abzusteigen.

Aber auch jene, die mit einer heimischen Fluggesellschaft unterwegs sind, hinterlassen starke Spuren im Computer. Das Stichwort heisst Vielfliegerprogramme. Dass diese Quelle in aller Diskretion angezapft wird, ist mehr als wahrscheinlich.

Körpermerkmale und Datenspuren

Es gibt weitere Projekte: Die USA verlangen Fingerabdruckdatenbanken für ganz Europa. Staaten, die keine biometrischen Merkmale (Fingerabdrücke oder Iris-Bild) in ihren Pässen einführen, könnten wieder mit einer Visapflicht beglückt werden. Die Forderung nach dem allgemeinen Fingerabdruck ist nur der erste Schritt. Vertreter der Polizei-Apparate wünschen schon seit geraumer Zeit einen DNA-Abstrich aller Bürger. Dass Polizeirepresentanten für eine allgemeine DNA-Datenbank sind, hat mehrere Gründe: Immer wenn ein Verbrechen eine biologische Spur hinterlässt, wäre ein Täter über die DNA-Datenbank zu ermitteln, sofern er oder sie gespeichert ist.



Seit dem 11. September 2001, dem Tag der Terroranschläge auf das World Trade Center, ist die Welt nicht mehr so wie vorher.

Auch bei Katastrophen wie beim Seilbahnunglück in Kaprun, bei dem am 11. November 2000 155 Skifahrer bis zur Unkenntlichkeit verbrannten, hätte man Gewissheit, die Toten zu identifizieren. Der Wunsch nach einer allgemeinen DNA-Datenbank wurde erstmals 1998 laut. Damals forderte der Präsident der britischen Police Superintendents Association eine nationale DNA-Datenbank. Seine Begründung: Es sei zu zeitaufwändig, von Verdächtigen genetische Spuren zu nehmen und diese zu analysieren. Praktischer wäre es, Spuren vom Tatort gegen eine nationale Datenbank laufen zu lassen. Noch hat Grossbritannien dieses Projekt nicht realisiert.

Um im Datenspeicher registriert zu werden, reicht es bereits, mit einer Kreditkarte zu bezahlen. Die Anbieter können auf Knopfdruck ein Nutzer-, Bewegungs- und Persönlichkeitsprofil erstellen: Was er wo kauft und welcher Typ er ist.

Ausspionierte Wirtschaftswelt

Eine Suchanfrage in der Mega-Datenbank reicht, und es erscheint ein Datensatz über uns oder unser Unternehmen, der überraschend detailliert ist. Es ist ein neuer Versuch einer globalen Kontrolle, die die USA mit alliierten Nationen bereits seit einigen Jahrzehnten versucht und auch erfolgreich praktiziert hat. Mit dem weltweiten Schnüffelsystem Echelon, das sämtliche Kommunikationssysteme abgehört hat, wurde erfolgreich Industrie-Spionage betrieben. Airbus hat 1995 einen Grossauftrag in Saudi-Arabien in Höhe von 6 Milliarden Dollar an Boeing und McDonnell Douglas verloren, weil die US-Geheimdienste die Gespräche abgehört und Fax mitgelesen haben.

Die französische Thales (Thomson-CSF) verlor in Brasilien einen 1,3 Milliarden-Dollar-Auftrag an den US-Konkurrenten Raytheon, weil die NSA Gespräche mitgeschnitten und Raytheon zur Verfügung gestellt hatte.

Lauschangriffe im Datenreich

In eine ähnliche Richtung geht auch die Kontrolle der Telekommunikation in Zukunft. Die europäische Standardisierungsbehörde ETSI hat einen Überwachungsstandard verabschiedet, der Behörden auf der ganzen Welt erlaubt, sich in jedes beliebige System, ob Mobilnetz oder Internet, einzuklinken und die Nachrichten zu registrieren. In Echtzeit.

Die Informationen und Datensammlungen werden immer umfangreicher. Wir hinterlassen Spuren, die mit Hilfe der «neuen» Technologien gespeichert, analysiert und ausgewertet werden. Mit raffinierter Software werden Trends aufgedeckt, Prognosen erstellt, um das menschliche Tun vorherzusagen. Datenverknüpfung ist eines der Schlagworte, Vorratsdatensammlung das andere. Heute Daten sammeln, damit man diese bei Bedarf in Zukunft auswerten kann. Mit modernen Methoden, die der guten alten Rasterfahndung ziemlich ähnlich sind, werden diese verknüpften Daten analysiert. Dank Mobilfunk, Verkehrs-

systemen und Plastikkarten können wir jederzeit lokalisiert und kann ein Profil erstellt werden – ein Bewegungs-, Persönlichkeits- oder Nutzungsprofil. Selbstverständlich droht auch im Strassenverkehr die totale Überwachung.

Überwachung für die ganze Welt

So wie es aussieht, wollen die USA den Rest der Welt zwingen, ihre Überwachungsstandards und «Big-Brother-Methoden» anzuwenden. «Wer nicht mit uns ist, ist gegen uns», sagte US-Präsident George W. Bush. Da läuft ein Staat schnell Gefahr, als Förderer des Terrorismus missverstanden zu werden, wenn er nicht sofort alle Daten zur Einsicht freigibt. Wer auf seiner Privatsphäre beharrt und seine Bürger nicht permanent überwacht, handelt nicht nur nicht mehr zeitgemäss, er ist auch auf der Seite des Bösen. Eine ungemütliche Aussicht, gegen die sich der denkende Teil der Menschheit gar nicht entschieden genug wehren kann.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Brandgefährliche Atomspiele!

Die US-Regierung unter George W. Bush löst immer mehr Kopfschütteln aus! Zuerst hat sie den ABM-Vertrag gekündigt, das Kyoto-Protokoll über den Klimaschutz nicht ratifiziert, Einrichtungen und Regeln des Internationalen Roten Kreuzes missachtet und das Abkommen über ein Verbot der Landminen sabotiert. Die Vereinbarung mit Moskau über eine Begrenzung der Atomwaffen muss als eine reine Alibiaktion zu Zwecken der Propaganda bezeichnet werden, weil sie den Abbau eines Waffenarsenals vorsieht, das veraltet, strategisch überflüssig und nur noch zur finanziellen Belastung geworden ist. Die Umwandlung der Fähigkeit, die Menschheit statt dreimal nur noch zweimal auszurotten, ist bedeutungslos. Dafür setzen sich die USA nun für den Bau von «kleineren» Atomwaffen ein, die auf dem Gefechtsfeld einsetzbar wären. Auch schliesst die neue US-amerikanische Strategie bei ihrem angeblichen «Krieg gegen den Terrorismus» sogenannte «atomare Präventivschläge», also atomare Erstsätze nach eigener Einschätzung des militärischen oder aussenpolitischen Nutzens – auch gegen Nichtatomarmeen! – nicht mehr aus, obschon dies gemäss internationalem Abkommen über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen verboten ist. Als wäre es nicht genug, dass schon Indien und Pakistan mit dem atomaren Feuer spielen!

Es ist in diesem Zusammenhang dringend nötig, einige biologische

Tatsachen in Erinnerung zurückzurufen: atomare Explosionen töten Menschen, Tiere und Pflanzen nicht nur unmittelbar. Durch ihre langlebigen radioaktiven Rückstände, die sich durch den «Fall-out» in der gesamten Biosphäre ausbreiten, werden Krankheitsanfälligkeiten u.a. für Krebs erhöht und Erbänderungen, so genannte Mutationen erzeugt. Diese bedrohen die Gesundheit zukünftiger Generationen, auch von Tieren und Pflanzen, weil sie zu 99,9 Prozent lebensschädlich sind. Verglichen mit ihnen sind eventuelle Gefahren, die durch die Gentechnik erzeugt werden könnten, eine Lapalie. Atomwaffen sind damit letztlich auch für denjenigen selbstzerstörerisch, der sie einsetzt!

Woher nehmen die Vereinigten Staaten die Arroganz her zu behaupten, Atomwaffen in der Hand von US-Bürgern, nämlich der amerikanischen Regierung und ihrer Streitkräfte, seien harmlos und ungefährlich, sogar ein Segen für die Freiheit, in andern jedoch eine Katastrophe? In beiden Fällen sind doch Menschen mit ihrer begrenzten Zuverlässigkeit am Werk! Es gäbe nur **eine** Politik, die bezüglich atomarer Waffen vernünftig wäre: sie müssten vollständig geächtet werden. Ist es nicht genug, dass der Kosovo, Serbien und der Irak durch Kriegshandlungen bereits radioaktiv verseucht wurden, allerdings nur leicht und nicht durch Atomwaffen, sondern durch Uranmunition?

Jean-Jacques Hegg



Kanton Aargau



Schluss mit der weichen Tour

Die SD Aargau fordern Internierungslager für kriminelle Asylbewerber

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern vom Regierungsrat, dem kriminellen Treiben von Asylbewerbern endlich eine klare und unmissverständliche Absage zu erteilen und den gesetzlich festgelegten Kriterien für den Aufenthalt von Asylbewerbern nachzukommen. Kriminelle Asylbewerber sind nach Auffassung der SD Aargau zu

internieren und nach der Verurteilung sofort auszuschaffen. Nur die Schaffung von Internierungslagern bietet genügend Garantie dafür, dass sich unsere Bevölkerung wieder sicherer fühlen kann. Es ist für die SD Aargau geradezu leichtsinnig, wenn Behörden und Betreuer renitente und kriminelle Asylbewerber unentwegt mit Samthandschuhen anfassen. Der Fall Wohlen hat einmal mehr gezeigt, wie Asylbewerber unsere Gastfreundschaft auf abscheuliche und brutale Art und Weise missbrauchen. Die weiche Tour der Behörden ist unverzüglich aufzugeben und schleunigst eine härtere Gangart einzuleiten. Im Weiteren fordern die SD Aargau, die Polizeikontrollen zu verschärfen – und zwar rund um die Uhr. Die einheimische Bevölkerung hat ein Anrecht darauf, dass sie nachts auch wieder ruhig schlafen kann.

*Schweizer Demokraten
SD-Kantonalsektion Aargau
René Kunz, Kantonalpräsident,
Reinach*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
	SD Schweiz	1.-August-Feier 2002 Berghotel Engel, Niederrickenbach, von 11 bis 15 Uhr (vgl. Frontseite)
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden ersten Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonspartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Sektion Berner Oberland-Ost und Berner Oberland-West Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion St. Gallen Sektion Wil und Umgebung	Ab 28. August Stamm-Abende im Restaurant Hirschen, St. Gallen (Busstation St. Fiden). Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil.
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardegg (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

Voranzeige

SD-Waldfest im aargauischen Uerkheim vom 7. September 02

Die SD-Bezirkspartei Zofingen will Mitglieder, Gönner und Sympathisanten einander näher bringen und organisiert deshalb am Samstag, 7. September 2002 in Uerkheim ein Waldfest. Bei Speis und Trank wird dem gemütlichen Beisammensein ein grosser Stellenwert eingeräumt. Die SD-Bezirkspartei Zofingen freut sich bereits heute auf dieses Waldfest, welches fliegend ab 18.00 Uhr beginnt. Der Weg zur Waldhütte ist von der Uerkheimer Turnhalle aus mit Schweizer Fähnchen markiert.

René Kunz, Reinach

Anzeige

Steuererklärungen (ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–
Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52

Pressemitteilung: Volksabstimmung vom 22. September 2002

Aargauische SD-Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne»

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau eröffnen den Abstimmungskampf

Der Kantonalvorstand der Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau hat an seiner Sitzung vom 14. Juni 2002 in Hunzenschwil den Abstimmungskampf für die Volksinitiative «Einbürgerungen von Ausländern an die Urne» eröffnet. Über das Volksbegehren der SD Aargau haben die Aargauer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am 22. September 2002 zu befinden. Das Volksbegehren verlangt, dass in allen aargauischen Gemeinden über die Zusicherung des Gemeindebürgerrechts an ausländische Staatsangehörige an der Urne abgestimmt werden muss.

Einbürgerungen gehen nach Auffassung der SD Aargau an die Grundfeste der Eidgenossenschaft. Die Einbürgerung ist und soll der letzte Akt der Integration sein, denn es gibt immer wieder Eingebürgerte, die unsere Sprache kaum verstehen. Es ist deshalb doppelt wichtig, dass nur sehr gut assimilierte und integrierte Menschen bei uns eingebürgert werden. Die SD Aargau werden mit allen demokratischen Mitteln für ihre Volksinitiative kämpfen und somit auch entschlossen den Kampf gegen die Einbürgerungsliberalisierung aufnehmen.



Basellandschaftliche Zeitung BZ

Fragebogen: Kantonal- Parteien im Profil

Name der Partei: Schweizer Demokraten Baselland (SD)

Gegründet im Jahr: im Baselbiet 1966; schweizerisch 1961

Ein Satz zur Geschichte (Namenswechsel, Fusionen usw.):

1966 «Nationale Aktion NA»
1986 Namensänderung in «Schweizer Demokraten SD»

Anzahl Mitglieder: 505

Jungparteien (seit wann / wie viele Mitglieder): keine

Parteipräsident/In (seit): Rudolf Keller, Frenkendorf, seit 1981

Wichtige Mandate (Anzahl RR, LR, NR, SR, Richter): 9 Landräte

Das haben wir zum Glück durchgebracht (kantonal):

Neben vielen anderen vom Parlament gutgeheissenen Vorstössen wurde unser Postulat für höhere Kinderabzüge bei der Revision des Steuergesetzes realisiert und das Postulat für die Entfernung illegaler Sprayereien wurde teilweise umgesetzt, indem der Landrat einen Kredit sprach zur Säuberung staatlicher Einrichtungen.

Präsidium der für Einbürgerungen wichtigen Petitionskommission.

Präsidium des Landrates durch Peter Brunner im Jahr 2000/2001.

Damit sind wir leider gescheitert:

Unsere Standesinitiative für die Internierung von Asylbewerbern durch den Bund wurde vom Landrat abgelehnt.

Unsere kantonale Volksinitiative «Für eine vernünftige Einbürgerungspolitik» wurde abgelehnt.

Das haben wir zum Glück verhindert (mitverhindert):

Revision des Bürgerrechtsgesetzes (Liberalisierung - Nichtetreten auf die Vorlage der Regierung).

Das konnten wir leider nicht verhindern:

Das neue Bildungsgesetz mit seinen Konzessionen an die Multikulturalität.

So wird die Schlagzeile über uns nach den Wahlen lauten:

SD gewinnen 1 Landratsmandat. Holen sie auch den Nationalrats-sitz zurück?

Das wollen wir anpacken:

Keine Benachteiligung der einheimischen Baselbieter Bevölkerung auf Grund der Bilateralen Verträge mit der EU. Existenz sichernde Mindestlöhne. Konsequente Wegweisung krimineller und die Sozialwerke missbrauchender Ausländer. Keine Verschacherung der Schweizer Bürgerrechte.

Steuererhöhungen sind für uns ein Thema, wenn... eine Steuer für jene Unternehmer eingeführt würde, welche billige Arbeitskräfte ins Land holen, damit die dadurch hervorgerufenen Infrastrukturkosten mitfinanziert werden können.

Sonst sind Steuererhöhungen für uns kein Thema.

Uns braucht es weiterhin, weil... wir die legitimen Interessen der weniger begüterten, einheimischen Bevölkerung wahrnehmen.

Hier sind wir im Internet zu finden:

www.schweizer-demokraten.ch

Gegen skandalöse 1.-August-Feier an der Expo.02

SD Aargau rufen zur friedlichen Protestkundgebung auf

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau unterstützen die Absicht der SD Schweiz, anlässlich der skandalösen Auf-führung der anarchistischen Theatergruppe 400 ASA an der Expo.02 eine friedliche Protestaktion mit dem Titel «Ein Herz für die Schweiz» durchzuführen. Gegen die schweizerfeindliche Theater-aufführung der Reitschul-Theatergruppe 400 ASA muss nach Auffassung der SD Aargau Gegensteuer gegeben werden. Ein Gesuch zur Durchführung einer friedlichen Protestkundgebung wurde bei der Expo.02-Direktion beantragt. Besonders skandalös finden die SD Aargau aber den Umstand, dass im offiziellen Festspiel zum 1. August an der Expo.02 keine Schweizer Fahnen geduldet werden. Damit

die Expo.02 am Nationalfeiertag aber nicht wie angekündigt zu einer «schweizerfahnen-freien Zone» verkommt, planen die SD, nebst einer friedlichen Protest-kundgebung, die Abgabe von 1.-August-Weggen mit Schweizer Fähnchen an 500 Besucherinnen und Besucher. Kinder sollen zudem Ballone mit Schweizer Kreuz erhalten. Ausserdem rufen die SD Aargau alle heimatreuen Schweizerinnen und Schweizer auf, sich am Nationalfeiertag mit «roten T-Shirts mit Schweizer Kreuz» zu bekleiden. Die SD Aargau werden es niemals zulassen, dass irgendwo am Geburtstag der Schweiz ganz offiziell keine Schweizer Fahnen geduldet werden.

*SD-Kantonalsektion Aargau
René Kunz, Reinach*



Kanton Bern

Der beliebteste Berner ist zurück!

Mit grosser Freude haben die Schweizer Demokraten der Stadt Bern den längst fälligen Entscheid des Gemeinderates zur Kenntnis genommen, den Bär im Logo der Verwaltungspapiere der Stadt Bern wieder aufleben zu lassen und damit den Willen einer grossen Mehrheit der Berner Bevölkerung zu akzeptieren. Rund einen Drittel der Unterschriften, zur Erhaltung des Bären, haben die SD gesammelt und so entschei-



dend dazu beigetragen, dass das traditionelle Wappentier den Bernerinnen und Bernern als Logo auch in der Stadtverwaltung erhalten bleibt. Die SD empfehlen folgende Inschrift über dem Eingang des Erlacherhofes anzubringen.

**LEGE DICH NIE MIT EINEM
(BERNER) BÄREN AN**

*SD Stadt Bern, Stadtrat Dieter
Beyeler, stv. Pressechef*

Rudolf Keller kandidiert für den Landrat

27. Juni 2002, Basellandschaftliche Zeitung BZ,
Interview mit Rudolf Keller

Herr Keller, steigen Sie zum vierten Mal ein in den Kampf um einen Sitz in der Baselbieter Regierung?

Rudolf Keller: Es ist völlig offen, wer von der SD sich um einen Sitz in der Regierung bewirbt. Wer es sein wird, entscheidet sich erst im Herbst.

Wie sich bei allen der bisher fünf Anläufen von SD-Kandidaten zeigte, ist ein solcher Versuch chancenlos...

Uns geht es vor allem darum, all denjenigen Wählerinnen und Wählern eine Alternative anzubieten, die nicht eine der vier Regierungsparteien wählen wollen. Von diesen Wählerinnen und Wählern gibt es viele. Wir hoffen natürlich auch, dass sie uns gleichzeitig bei

der Landratswahl ihre Stimme geben. Wie erfolgreich das dann ist, werden wir sehen. Klar, die letzten Male hat es mit dem Regierungssitz nicht geklappt. Aber man weiss ja nie, was sich politisch alles noch entwickelt.

Eigentlich müssten Sie selber kandidieren, um sich wieder in Erinnerung zu rufen. Wir gehen davon aus, dass Sie zurück in den Nationalrat wollen.

Auch das steht noch nicht fest. Eines ist aber sicher: Ich werde für den Landrat kandidieren, dann werden wir weiter sehen. Ich rechne mir grosse Chancen für eine erfolgreiche Landratskandidatur aus.

Fortsetzung Seite 10

Rudolf Keller kandidiert für den Landrat

Fortsetzung von Seite 9

Je nachdem, wie ich diese Hürde nehme, kann ich einen Entscheid für eine Nationalratskandidatur fällen.

In anderen Kantonen ist die SD eher am Verschwinden. Ist es das Verdienst Ihrer Person, dass die SD hier im Baselbiet noch existiert?

Wir konnten uns in den Kantonen Aargau, Bern, Basel-Stadt, Zürich und im Baselbiet halten. Ich gehe davon aus, dass uns das hier im Baselbiet auf hohem Niveau weiterhin gelingen wird. Das hat zum einen Teil vielleicht mit meiner Person zu tun, sicher aber auch mit Leuten wie Peter Brunner und anderen, die eine gar nicht so schlechte Arbeit leisten.

Neun SD-Landräte gibt es jetzt, wie viele davon werden bei der

Wahl im nächsten Jahr von der SVP wegschnappt?

Die SVP wird uns keinen einzigen Sitz wegschnappen! Im Gegenteil, wir streben einen zehnten Sitz an.

Das ist unser erklärtes Wahlziel.

Ergebnisse in anderen Kantonen zeigen, dass wir gute Aussichten haben. Wir haben auch das nötige Geld für einen grossen und umfassenden Wahlkampf.

Die SD-Landratsfraktion wirkt von einem Mitglied abgesehen eher brav. Gefällt Ihnen das?

Wir haben vielleicht eher etwas besonnene, ruhige Leute, die ihre Arbeit aber durchaus leisten. Die SD hat aber ihr Gewicht, wir sind eine 10-Prozent-Partei. Schon bei der einen oder anderen wichtigen Abstimmung ist es darauf angekommen, für welche Seite die SD stimmt.

Aber es ist klar, wenn ich wieder in den Landrat komme, dann werden die SD-Standpunkte wieder etwas pointierter dargestellt.

Regierungsrat Hermann Lei – ein Turbo-Demokrat?

Viele Menschen klagen ja gerade, dass die Demokratie langsam sei – leider eben sehr oft zu langsam. Ist also Herr Lei ein Demokratieturbo, weil er über Nacht den Volksauftrag als Regierungsrat niederlegt, um sich voll auf seinen Zweitjob als MThB-Verwaltungsratspräsident konzentrieren zu können? Zeigt sich da nicht einmal mehr eine alte Weisheit, dass eben niemand «zwei Herren dienen kann» und macht das Thurgauer Volk in diesem Falle nicht im doppelten Sinne «Zweiter»?

Erinnern wir uns! Im Thurgau war alles klar, man wollte keinen EU-Anschluss und sogar der FWR wurde am 6. Dezember 1992 abgelehnt. Trotzdem hat Regierungsrat Lei alles getan, um eine Klein-EU rund um den Bodensee zu installieren. Dazu gehörte auch die Ausdehnung der MThB nach Süd-Deutschland hinein. Vor allem aber begann diese Phase mit zwei «Zugvögeln»! Das waren neue Schnellzüge von Konstanz über Weinfelden nach Frauenfeld, Winterthur, Oerlikon und Zürich am Morgen und am Abend zurück nach Konstanz. Heute sind es je sieben Inter-Regios nach und von Zürich. Damit sollen billiger arbei-

tende Grenzgänger in die Region Winterthur/Zürich schnell und günstig gebracht werden. Regierungsrat Lei war auch ein begeisterter Förderer der Katamaran-Verbindung Lindau-Konstanz. Es ist ein offenes Geheimnis, dass im Raume Lindau hochqualifizierte Arbeitskräfte mit Arbeitsplätzen in den letzten Jahren eher etwas Mühe haben...

Betrachten wir die Finanzierung dieser neu errichteten Schnellzugs-Bahnverbindungen, so lassen sich klare Aussagen machen: Am Anfang war die Kostenverteilung für die «Zugvögel» noch einigermaßen fair aufgeschlüsselt. Heute zahlen die Deutschen nicht einmal ganze 10% der Kosten – wahrlich eine fragwürdige und völlig unverständliche Aufschlüsselung in Anbetracht der zehntausenden von Arbeitslosen in unserem Lande. Unser Volk hat also nicht nur auf dem Arbeitsmarkt ein weiteres Zwei auf dem Rücken; wir dürfen für diese Zweis auch noch «fürstlich» in die Tasche greifen. Herzlichen Dank auch für die vielen Schulden.

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau, Kantonale Parteileitung und GL Thurgau*



Kanton Thurgau



Herr Ruprecht, bitte keine Predigten!

Am 15. Juni, dem nationalen Flüchtlingstag, hat auch der Thurgauer Regierungsrat durch seinen Präsidenten H. P. Ruprecht dem Thurgau ordentlich ins Gewissen geredet. Dabei ist doch völlig unbestritten, Herr Präsident, dass Flüchtlingen geholfen werden muss. Wir brauchen kaum Belehrungen solcher Art und unser Rütli sollte nicht für fragwürdige Kundgebungen missbraucht werden. Die Verantwortlichen in den Exekutiven aber sollten endlich – und zwar mit starker Hand – dafür sorgen, dass jene Hilfe erhalten, denen sie auch wirklich zusteht. Hilfe vor Ort und unter Vermeidung eines heute grassierenden Asyltourismus für Privilegierte und Kriminelle. Bei diesem milliardenschweren Asylerlauf resultiert im besten Falle eine Anerkennungsquote von 10%! Trotzdem können Zehntausende aus «humanitären Gründen» bleiben, weil sie und viele «Hilfswerke» es verstehen, jede Verzögerungsmöglichkeit auszunutzen. Diese fragwürdigen «Flüchtlinge» kosten uns weit über eine Milliarde pro Jahr; ein unheimlich grosser Betrag, der den wirklich Verfolgten in armen Ländern zustehen würde! Wann also, Herr Regierungsratspräsident, treten auch Sie für Hilfe vor Ort und Asyl im nächsten sicheren Lande – gemäss UNO-Richtlinien – ein? Warum können bei uns Afrikaner aus Nigeria oder Angola Anträge stellen, obwohl sie vor der Erreichung unserer Grenzen viele sichere Länder durchquert haben? Allerspätestens in Frankreich, Italien, Österreich

oder Deutschland müssten sie ihre Anträge stellen! Ist also diese Asylpolitik nicht ein ganz grosses und mieses Theater? Wird da nicht unserem Volke eine ganz faule Platte – und dies seit Jahren – serviert? Wieviel echte Hilfe könnte unser Land den Armen und Verfolgten bringen, wenn der Asylerlauf endlich gestoppt würde. Linke und andere fragwürdige «Menschenfreunde» wollen mit immer mehr Multikultur und höheren Ausländeranteilen ja nur unser Land und unser Volk vernichten. Darum, lieber Herr Ruprecht, lassen Sie die «Predigten» für unser Volk! Realisieren wir endlich eine Politik, die stimmt und die unser Land haben möchte: Hilfe vor Ort für echt Verfolgte und Hilfe zur Selbsthilfe – ganz sicher keine Völkerwanderungen von Privilegierten und gerissenen Einwanderern in die schöne und überbevölkerte Schweiz!

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau, Kantonale Parteileitung, Einstimmige Beschlussfassung in Weinfelden*

Ein Regierungsrat der SD?

Die Schweizer Demokraten haben in Weinfelden auch die Ersatzwahl von Regierungsrat Dr. Hermann Lei besprochen. SD-Präsident Willy Schmidhauser wurde angefragt, ob er eine Kandidatur annehmen würde. Schmidhauser erbat sich Bedenkfrist und macht seine Kandidatur von fairen, demokratischen Spielregeln für alle Kandidaten – vor allem in den Medien – abhängig.

Frau Bundesrätin Metzler ist nicht tragbar!

Bundesrätin Metzler will, statt unsere Grenzen endlich besser zu überwachen und den Personalabbau zu stoppen, noch mehr Einwanderer aus aller Welt hereinholen. Wörtlich sagte sie: «Wir brauchen Einwanderung.» Das «Fass ist jedoch schon längst überlaufen» und unser Land überbevölkert. Das Leben und die Produktion wird dadurch immer teurer, der Boden immer knapper. Es werden in egoistischer und kurzsichtiger Art Billigstarbeiter «importiert», die zusätzlich auch noch unser Sozialsystem ausbeuten. Zwangsläufig werden die Kosten immer höher. Hinzu kommen gewaltige Probleme und Leistungsabfälle in den Schulen, kriminelle Taten und neuerdings Schlägereien durch Eingebürgerte in den WK-Truppen. Jetzt sollen noch 2. und 3. Ausländerge-

nerationen automatisch den CH-Pass erhalten, und sofort werden sie durch neue Einwanderer ersetzt. Aus den Statistiken ist dieser Volksbetrug nicht ersichtlich. Ist unsere Bundesrätin Metzler blind und taub? Sieht sie unsere immer grösser werdenden Probleme nicht? Ist sie der Verfassung, der CVP oder einer EU verpflichtet? Bundesrätin Metzler hintergeht den Volkswillen, eine solche Politik ist nicht mehr tragbar. Die CVP und Bundesrätin Metzler haben die Fristenlösung vom 2. Juni unterstützt, gleichzeitig wollen sie noch mehr Einwanderung – welch ein Unsinn! Wann wird das Schweizer Volk endlich wach, was wollen wir unseren Kindern für ein Land überlassen?

Rolf Müller, Kantonale Parteileitung, 8587 Oberaach

In der Thurgauer Zeitung angeklopft...

Nach dem Willen der kantonalen Parteileitung der Schweizer Demokraten in Weinfelden ist am Dienstagabend, 23. April, in der Thurgauer Zeitung eine fast 30-

köpfige SD-Delegation eingetroffen und wurde von Direktor Urs Lüdi der Firma Huber & Co. AG begrüsst. Die Thurgauer Zeitung sei heute in vielen Gemeinden lei-

der die einzige Tageszeitung, es gebe keine Möglichkeit, auf eine andere auszuweichen. Bundesverfassung § 16 und Demokratie aber verlange dringend eine «freie Meinungsbildung» zum Wohle des Landes. Dies sei aber nur möglich, wenn alle in allen Medien gleich lange Spiesse hätten. Pro und Kontra von Vorlagen und Projekten seien wichtig, ebenso müssten Regierungs- und Oppositionsparteien ihre Argumente zu allen Themen frei und gleichwertig dem Bürger darlegen können. Dafür genüge eine Zeitungsseite pro Tag; mit dem grossen Rest der Zeitung könne die Redaktion tun und lassen, was ihr passe. Das sei sicher auch der Weg, wie vielen Zeitungen wirtschaftlich geholfen werden könne. Wenn es gelinge, nur schon einen Teil jener Leser und Abonnenten zurückzugewinnen, die nicht mehr an die Urne gingen (über 50%), sei viel erreicht, meinte SD-Präsident Schmidhauser. TZ-Direktor Urs Lüdi versicherte daraufhin, er und die Thurgauer Zeitung würden die Sache anders sehen, aber absolut ernst nehmen. Er könne im Moment keine Zusagen machen, aber man werde die Sache prüfen. Verschiedene Damen und Herren

zeigten bei der Umfrage wenig Freude über die Entwicklung in der Thurgauer Zeitung und verlangten «weniger Dorfklatsch» und mehr breite und freie Information für den modernen und reifen Bürger. Präsident Willy Schmidhauser betonte abschliessend, die Schweizer Demokraten möchten mit diesem Besuche einmal mehr der Vernunft das Wort reden und seien überzeugt, dass die TZ mit breiter Meinungsbildung auch wirtschaftlich profitieren könne. Er sei schockiert, wieviele Abonnenten und Inserenten der TZ in den letzten Monaten den Rücken gekehrt haben.

Schweizer Demokraten, SD Thurgau, Delegation vom 23. April zur Thurgauer Zeitung

Anmerkung am 25. Juni 2002:

Bei der TZ hat sich nichts geändert! Chefredaktor And. Netzle bringt die Medienmitteilungen der SD nicht! Oft publiziert er nach langer Wartezeit einen Beitrag der SD als Leserbrief des SD-Präsidenten! Alles in allem eine Katastrophe für uns alle!

Willy Schmidhauser

Im Gedenken

† Erwin Kupper, a. Kantonsrat



Am 1. Juli 2002 ist nach einem längeren Spitalaufenthalt unser langjähriger Mitkämpfer Erwin Kupper im Alter von 77 Jahren verstorben. Erwin Kupper gehörte während Jahrzehnten leitenden Parteigremien an, so insbesondere dem Zentralvorstand und dem Vorstand des Kantonalverbandes Zürich. 1987 wurde er im Bezirk Bülach erstmals in den Kantonsrat gewählt und 1991 für eine weitere Amtsdauer ehrenvoll bestätigt. Nach seinem Umzug in den Bezirk Winterthur leistete er, obwohl schon weit über 70-jährig, bei der Reaktivierung der dortigen Parteisektion grosse Arbeit. 1999 vermochte er für die Schweizer Demokraten im Wahlkreis Winterthur-Stadt erneut einen Sitz im Kantonsrat zu erringen. Dieses Mandat übte er aus, bis er sich im Frühjahr 2001 einer

schweren Herzoperation unterziehen musste. Nach diesem Eingriff vermochte sich Erwin leider nie mehr ganz zu erholen. Dennoch nahm er bis kurz vor seinem Hinschied weiterhin an manchen Sitzungen der Kantonal- und der Bezirkspartei teil, wo sein auf grosser politischer Erfahrung basierender Rat stets sehr geschätzt wurde. Erwin Kupper war ein Politiker, der das nationale, soziale und ökologische Programm der Nationalen Aktion bzw. der Schweizer Demokraten immer aktiv und konsequent vertrat. Im Parlament genoss er über die Parteigrenzen hinweg grossen Respekt. Wir verlieren mit ihm einen treuen Kameraden, der über Jahrzehnte hinweg einen Gross teil seiner Kräfte für die Erhaltung der Heimat eingesetzt hat. Wir werden Erwin Kupper nicht vergessen und sprechen seinen Angehörigen unser herzliches Beileid aus.

SD des Kantons Zürich, Christoph Spiess, Präsident a.i.

Kanton Basel-Stadt

Das Referendum steht mit mehr als 4500 Unterschriften!

Etappensieg zugunsten des Erhalts der 39 Wohnungen an der Rosentalstrasse!

Am 26. Juni 2002 reichten die Schweizer Demokraten bei der Staatskanzlei 481 Unterschriften für das Referendum «Gegen den Abbruch von 39 bezahlbaren und zweckmässigen Wohnungen an der Rosentalstrasse» ein. Insgesamt kamen somit 4599 Referendumsunterschriften (von Mieterverband Basel, Schweizer Demokraten und SVP) zusammen. Diese grosse Unterschriftenzahl beweist, dass das Anliegen «Erhalt von 39 guterhaltenen und bezahlbaren Wohnungen und kein Abbruch» in breiten Bevölkerungskreisen auf ein enormes Echo stösst. Mit Zuversicht sehen wir alle dem 22. September – dem Referendumsabstimmungsdatum – entgegen. Den Schweizer Demokraten war von Anbeginn bekannt, dass bei diesem staatspolitischen und sozialen Anliegen erfreulicherweise auch andere Gruppierungen Unterschriften beizusteuern (damit das Referendum sicherlich zu Stande kommt!). Leider fehlte den Verantwortlichen des Mieterverbandes Basel jegliche Sensibilität und auch der politische Weitblick hinsichtlich eines Miteinanders –

statt Gegeneinanders. Der Mieterverband wusste nichts Gescheiteres, als die zwei weiteren Referendumsträger via Internet in übelster Weise zu diffamieren und – noch schlimmer – u.a. in der zweiten Unterschriftensammelwoche (über die Medien) zu erklären, dass die benötigten Unterschriften bereits beisammen seien, was vorab die Nicht-Retournierung unzähliger Unterschriftenbogen zur Folge hatte. Die Verantwortlichen des Mieterverbandes haben offensichtlich die Tatsache noch nicht begriffen, dass ein/e jede/r Referendumsunterzeichner/in mit grösster Wahrscheinlichkeit bei der Volksabstimmung auch ein Nein einlegen wird! Die Schweizer Demokraten hoffen trotzdem hinsichtlich dieser kantonalen Abstimmung auf eine offene und sachbezogene Diskussion über das Thema Zweckentfremdung von bezahlbaren Wohnungen und reichen allen Gleichdenkenden – über die Parteigrenzen hinweg – die Hand, denn nur Einigkeit wird uns allen den Abstimmungssieg sichern.

Schweizer Demokraten BS

Kanton Zürich

Kantonsrat Rolf Boder (SD)

als Kandidat für die Regierungsratswahlen vom 6. April 2003 nominiert

Die Delegiertenversammlung der Schweizer Demokraten (SD) des Kantons Zürich hat am 18. Juni 2002 in Winterthur den Beschluss des Kantonalvorstandes vom 13. Mai 2002 zur Teilnahme der Partei an



den Regierungsratswahlen vom 6. April 2003 bestätigt. Als Kandidat wurde ohne Gegenstimmen Kantonsrat Rolf Boder nominiert. Rolf Boder, geb. 1963, ist Polizeibeamter, in Winterthur-Töss wohnhaft und gehört seit 2001 dem Kantonsparlament an. *SD des Kantons Zürich, Christoph Spiess-Baumgartner, Präsident a.i.*

Kanton St. Gallen

Ausflug der SD ins Appenzellerland

Bei schönstem Wetter veranstalteten die Schweizer Demokraten der Sektion Wil und Umgebung ihren traditionellen Jahresausflug – diesmal ins Appenzellerland. Mit der Bahn ging's nach Rorschach, dann mit der Zahnradbahn – wie zu alten Zeiten in offenen Wagen und auf Holzbänken – nach Heiden. Von dort mit dem Postauto nach Walzenhausen, wo im Hotel Walzenhausen das Mittagessen eingenommen und damit die Köstlichkeiten dieses Hotels genossen wurden. Auch die herrliche Aussicht über den ganzen Bodensee,

hinüber nach Deutschland, aufs Rheindelta und Rorschacher Bucht war für alle Mitreisenden ein Erlebnis. Dann brachte die Bergbahn RhW die fröhliche Schar nach Rheineck und ab dort das Schiff die Gruppe durch das Naturschutzgebiet des alten Rheins hinaus auf den Bodensee und zurück nach Rorschach. Hier endete diese einmalige abwechslungsreiche Rundfahrt, und die SBB brachten die zufriedenen SD-ler wohlbehalten nach Wil zurück.

Hans Wohlwend



Der Rosinenpicker

Immer wieder behauptete alt Bundesrat Ogi, die Schweizer seien Rosinenpicker, Trittbrettfahrer und Friedenskonsumierer, damit er sein Ziel, die Schweiz international einzubinden, verwirklichen konnte. Schliesslich gelang es ihm, das Parlament und den Bundesrat für den Beitritt zu der Partnerschaft für den Frieden der Nato zu gewinnen. Mit der Begründung, die

Schweiz sollte sich auch an friedenserhaltenden Einsätzen mit der Armee beteiligen, konnte er die vorerst unbewaffnete Swisscoy nach dem Kosovo schicken. So könne ebenfalls verhindert werden, dass noch mehr Asylbewerber in die Schweiz kommen. Seine Bergwanderung mit Kofi Anan verschaffte ihm die guten Beziehungen, damit er nach der Pensionierung sein Sporthobby in dem neu für ihn geschaffenen Amt als Sonderbeauftragter der UNO für Sport ausüben konnte. Als noble Geste hätte man erwartet, dass er das selbstgewählte Amt mit seinen Pensionsgeldern finanzierte. Durch die Zeitungen erfuhr man, dass der Bund für dieses «wichtige» Amt Fr. 120'000.- bezahle! Für Reisen, Personal und Räumlichkeiten in Genf ist inzwischen der Betrag auf Fr. 470'000.- angewachsen. Herr Ogi hat sich damit selbst zum Rosinenpicker durchgemausert!

Guido R. Fischer, Aarau

Expo.02 boykottieren?

In seiner Rede anlässlich der SD DV vom 27. April 2002 in St. Gallen rief der Zentralpräsident Rudolf Keller zum Boykott der Expo.02 auf. «Schweizer Demokrat» Nr. 5, Mai 2002. Hier kann der Schreibende nicht mithalten.

Auch wenn diese Landesausstellung lange Zeit stark an Andersens Märchen «Des Kaisers neue Kleider» erinnerte, wie sich die SD-Parlamentarier Rolf Boder und Ursula Fröhlich am 20. März 2002 in «Der Landbote» ausdrückten, so ist ein Boykott der Expo.02 für das Selbstverständnis der Schweizerischen Eidgenossenschaft wenig hilfreich. Denn erstens kann die

grandiose Drei-Seen-Landschaft nichts dafür, dass bei den Planungen der Expo einiges schief gelaufen ist. Zweitens steckt in den verschiedenen Artepilages viel Arbeit. Und dies hat manch einem seinen redlichen Verdienst gebracht. Und vor allem aber, man stelle sich vor, es hätte keine Expo gegeben, die Schweiz wäre nicht mehr in der Lage, eine Landesausstellung auf die Beine zu stellen. Dann hätten tatsächlich jene recht behalten, die vor zehn Jahren in Sevilla verkündeten: «La Suisse n'existe pas!» Darum ist ein Boykott der Expo.02 Unsinn!

Christian Wyss, Winkel-Rüti (ZH)

Schweizerfahnenfreie Expo.02?

Die Expo heisst bei uns im deutschsprachigen Raum auch Landesausstellung, als solche hätte sie die Aufgabe, nicht nur auswärtige Besucher, sondern auch das Volk zu erfreuen. Das Volk hat immerhin – via Bundesrat – erhebliche Steuergelder hineingepumpt, damit das Werk gelinge. Wer zahlt, befiehlt, heisst es sonst, zur 1.-August-Feier wurde man aber nicht befragt. Laut «Tagblatt» sollen Theaterschaffende eine Aufführung präsentieren in einem «Schweizerkreuz freien Raum». Laut einer anderen Zeitung seien Schweizerfahnen schlichtweg verboten! Kein Wunder, denn das aufzuführende Stück soll die schlimmen Erfahrungen von Illegalen («sans papiers») in ihrem Land und in der Schweiz darstellen. Mit obigen Angaben kann dies nur heissen: auf unfreundlichste Art. Ein Bundesfeier-Thema? Offenbar aber hat Bundesrat S. Schmid die Einladung zur 1.-August-Rede an

diesem Ort akzeptiert und bringe sogar, liest man, seine eigene Fahne mit, da er ein ausgesprochener «Fan» des Schweizerkreuzes sei. Welche Agentur verbreitet denn solch tiefgründigen Blödsinn? Die Schweizerfahne ist Symbol unseres Landes und hat mit Spass- und «Fangesellschaften» nichts zu tun. Und vielleicht wird BR Schmid die Fahne aus den Händen genommen von den Theater- und Kulturschaffenden, da sie doch rund um das «Festspiel» verboten ist. Welch ein würdiger Auftritt, so oder so.

Die Frage stellt sich: Wer hat eigentlich das Sagen an der Expo und im Besonderen zur Aufführung am Bundesfeiertag? Wer hat solchen himmeltraurigen Abläufen den Segen gegeben? Darf oder wagt es der Bundesrat nicht, dieses 1.-August-Programm als schändlich zu bezeichnen und zu kippen? Oder freut er sich darüber, da er die Einladung ange-

nommen hat und sicher früher als das Volk orientiert war? Wird uns vielleicht von berufener Seite die abgedroschene Floskel serviert, wir müssten uns auch einmal kritisch hinterfragen lassen? Solche Ermahnungen haben bisher fast immer braves Kopfnicken bewirkt,

und so lassen wir uns möglicherweise weiterhin alles gefallen? Bei solchen Erfolgen können wir z.B. unsere Theaterschaffenden zum Ausprobieren ähnlicher Programme in andern Ländern zu deren Nationalfeiertag animieren.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Echo auf SD 6/2001

Geschätzter René Kunz

Das ist ja ein starkes Stück! In Ihrem letzten Artikel des «Schweizer Demokraten» fordern Sie Drogentests für Korporale und Rekruten, von denen bereits über 50% dem Drogenkonsum verfallen, ja, wortwörtlich «drogensüchtig» seien. Sie sprechen von Solidarität unter Schweizern, Stolz für die Schweiz, Zusammenhalt und Respekt voreinander, aber greifen mit Ihrem Artikel genau einen Grossteil der männlichen Schweizer an. Ich bin selber Korporal, muss Sie jedoch leider enttäuschen: Ich nehme genau wie 99% meiner Kameraden, ob Rekrut, Soldat oder Korporal, keine Drogen. Doch da kommen Sie als Offizier daher und fordern in beleidigender Weise, alle AdA's, welche die Offiziersschule

nicht besucht haben, wie Drogensüchtige zu behandeln. Dies zumindest solange, bis sie ihre Unschuld durch einen negativen Drogentest bewiesen haben. Ich bitte Sie, sich Ihr Urteil nicht auf Grund vereinzelter Berichte von der Boulevardpresse oder am Stammtisch zu bilden, sondern Ihre Meinung faktisch richtig, fair und wohl überlegt zu erarbeiten. Denn vergessen Sie nicht, dass «die Macht vom Volk kommen muss» (ebenfalls von Ihnen zitiert). Und auch wenn die Rekruten, Soldaten und Korporale nicht das ganze Volk sind, so doch eine wesentlich grössere Gemeinschaft als diejenige gewisser Elemente, die mit überlegten Zeitungsartikeln die Glaubwürdigkeit der Armee zu untergraben versuchen. *Daniel Kofler, Rorschach*

Da könnte man sparen!

Als 82-jährige Bäuerin erlaube ich mir ein paar Gedanken über die wertlose Diskussion in der «Arena» am Fernsehen über die Erhöhung der Krankenkassen-Prämien. Sie brachte nichts Konkretes. Warum mahnt man durch die Öffentlichkeit das Volk nicht, gesünder und vernünftiger zu leben? Bei Krankheiten, durch Suchtprobleme verursacht wie Drogen, Rauchen usw., sollten die betroffenen Patienten ihre Arztrechnungen selber bezahlen müssen. – Schönheitschirurgie, Piercing und andere unnötige Eingriffe gehören nicht in die Krankenversicherung. Denken wir an die heutige leichte Bekleidung vieler Frauen und Töchter auch im Winter! – Sie tragen keine

Unterwäsche mehr. Oben möglichst viel ausgeschnitten. Eventuell ein Stück nackter Bauch. Unterhöschen mit fast etwas daran. – Oder unter den langen Hosen nackte Beine.

Ist es dann ein Wunder, wenn diese Frauen krank werden? Auch diese müssten von der Krankenversicherung ausgeschlossen werden. Viele Menschen essen sich krank. Wenn man alle Unvernünftigen von der Krankenkasse ausschliessen würde, müssten die Prämien nicht erhöht werden. – Wir sind es nicht schuldig, alle Dummheiten Anderer zu bezahlen. Warum beleuchtet man diese Ursachen von Krankheiten nie an der Öffentlichkeit?

Hedy Nauer, Rüscheegg

Working Poor – das Resultat falscher Gewerkschaften

Nationalrat Paul Rechsteiner, seine SP und seine Gewerkschaften, die er präsidiert, sind massgeblich schuld an immer mehr «working poor» im Lande. Sie schreien nach offenen Grenzen, largen Asylregeln, noch mehr widersinniger Einwanderung und Multikultur. Da reiben sich aber die Profiteure gewaltig die Hände und der Steuerzahler ist in vieler Hinsicht der Dumme! Reissen sich viele um einen Arbeitsplatz, fallen die Löhne. Sind diese Stellensuchende auch noch ohne Papiere, fallen die

Löhne noch tiefer in den Keller... Doch die Profiteure reiben sich die Hände. Nebst billigen und willigen Büzern, mit denen fast alles gemacht werden kann, steigen die Mieten und Lebenskosten in unserem kleinen und beschränkten Lebensraume gewaltig infolge der gesteigerten Nachfrage. Die Profiteure lachen also mehrfach, während viele unsere Gewerkschafter verfluchen und die «working poor» auf unsere Sozialämter pilgern, um ihre «Beilagen» abzuholen...

Willy Schmidhauser



Non à la Fondation-chantage



La Fondation dite de «solidarité» est la réaction à un chantage –organisé par les dirigeants du Congrès Juif Mondial. Pour satisfaire ces milieux, le Conseil Fédéral a annoncé la création d'une Fondation; dans ce but, il envisage de

sacrifier des réserves d'or de notre pays valant des milliards. Mais d'énergiques protestations venant des citoyens ont fait comprendre au Conseil Fédéral qu'il ne pourrait pas disperser à tous vents la fortune du peuple; il a donc concocté un compromis boiteux: le Conseil Fédéral tient en effet toujours à cette Fondation-chantage. Même si cela confirmerait – loin à la ronde – que la Suisse cède à toutes pressions.

Puisqu'il en est ainsi, c'est au peuple de veiller au grain. Ainsi, le Conseil Fédéral ne se soumettra pas au chantage dicté par des milieux étrangers.



FONDATION- chantage



NON

(dite de «solidarité»)

Rendre au peuple la fortune qui lui appartient

La Banque Nationale affirme que nous pouvons renoncer à des réserves excédentaires pour quelque 20 milliards de francs. Conseil Fédéral et Parlement entendent distribuer l'équivalent de ces réserves d'or dans le monde entier. Or elles sont la fortune du peuple en propre. Il faut donc restituer au peuple la valeur des réserves d'or excédentaires. Le plus judicieux est de le faire par la voie de l'AVS.



Le peuple entier en bénéficiera: il récupérera son bien.



Toutes les familles, hommes et femmes en profiteront: en versant 20 milliards de francs au fonds AVS l'augmentation de la TVA peut être évitée; ce qui signifie quelques milliers de francs supplémentaires en faveur de chaque citoyen.



Les aînés apprécieront une AVS plus sûre.



Les jeunes en tireront aussi avantage: moins d'impôts aujourd'hui, rente assurée demain.



Economie et artisanat en bénéficieront: par la population disposant de 20 milliards de plus... d'où pouvoir d'achat et consommation accrus.



La Banque Nationale verra ainsi son indépendance affermie: elle continuera de chiffrer le montant octroyé au fonds de réserve.



Notre pays restera indépendant: la fortune du peuple ne sera pas dilapidée par une Fondation née d'un chantage. Notre souveraineté restera intacte et non soumise à un chantage venant de milieux étrangers.



Pour éviter que la fortune de notre peuple soit, aujourd'hui ou à l'avenir, l'objet de marchandages ou de manipulations, nous voulons inscrire sans équivoque, une fois pour toutes, dans la Constitution:

«Les réserves monétaires de la Banque Nationale qui ne sont plus requises au titre de la politique monétaire ou les revenus qui en sont tirés sont transférés au fonds de compensation de l'assurance-vieillesse et survivants. La loi règle les modalités.»

OUI

à l'initiative
«l'or pour l'AVS»

Comité d'action «Rendre au peuple la fortune qui lui appartient»,
www.asin.ch

Voyance

Les fidèles lecteurs du Démocrate Suisse se rappelleront certainement des divers articles signés «Cassandra» prévoyant depuis l'élargissement de la «culture» boursière qui se mettait en place dans le monde entier, des krachs financiers retentissants auxquels devaient s'attendre les kamikazes économiques obnubilés par la propagande surfaite téléguidée à travers les banques nationales et internationales. Hier déjà et aujourd'hui surtout, les visions noires de Cassandra se réalisent. Il n'y a jamais eu autant de grosses «boîtes» américaines et européennes avec ramifications mondiales spécialisées dans les télécommunications et autres moy-

ens informatiques, qui font aillite et mettent sans scrupule les milliers d'employés à la rue. On peut donc vraisemblablement se forger une idée sur une possible-planification des événements qui se mettent en place, jetant jour après jour à la tête des investisseurs-moutons, des informations incontrôlables sur la perte de milliards de déficits évanouis dans la nature. Pourquoi ces firmes requins sans visage puisqu'anonymes, paient elles avec la bénédiction d'un conseil d'administration composée de marionnettes à leur botte, de farani-neuses compensations financières

Suite en page 14

Voyance

Suite de page 13

en mettant à la porte quelques directeurs? Il est possible que ces derniers aient été engagés spécialement, pour procéder en temps voulu, à la découverte de «malversations diverses irresponsables.» entraînant un démantèlement programmé.

Aucun tribunal international n'a été proposé ou institué pour juger ces pieuvres multinationales! J'estime, en ce qui me concerne, que de ruiner sans coup férir des millions de citoyens attirés par le jeu, est aussi grave que les crimes reprochés à Milosevic, Mihailov ou autre empereur de république bananière jetés en prison. Vous souvenez-vous du «Jeu de l'Avion» que Cornfeld d'IOS avait organisé et qui a été sanctionné et interdit? Il avait probablement eu vent des

magouilles qui se préparaient pour plumer les peuples, il a essayé la recette, mais l'échelle des valeurs n'était pas assez grandes et mondiales. Il a joué, i a perdu et les gogos éprouvettes aussi.

Comme on n'a jamais écouté les Cassandres qui crient cassecou pointant du doigt les catastrophes comme celles du 11 septembre, les incendies de forêts aux USA, le SIDA ou l'ESB, (tous d'Effroyables impostures pour l'appât du gain), la liste ne s'arrêtera que lorsque le Nouvel Ordre Mondial soutenu par l'OMC et le FMI auront en mains les leviers de commande (distribution du travail à la tête du client, frappe d'une monnaie unique, médecine à la carte et plantations généralisées d'OGM) et un droit de regard sur le genre humain et animal.

Maria de Seimners, Varsovie

Un hymne à Expo.02, un coquillage vide

E P O . 0 2

Cette expo qui se veut nationale n'a rien à dire. Elle ressemble à un parc d'attractions où quelques flâneurs trouvent leur compte, mais où le gens sérieux et les businessmen ainsi que les Suisses d'origine, cherchent en vain les vertus basées sur le bon sens helvétique, le travail sérieux, l'imagination constructive et durable qui caractérisent notre pays et ses habitants. Le Logo et les Arteploges de cette exposition «nationale» se calquent sur le modèle de l'industrie du divertissement «cool», du décalage dans un lavage de cerveaux virtuel enlevant toute réalité et renvoyant aux oubliettes les vrais problèmes qui agitent le pays et traumatisent la population. Les appellations même sont en langue anglaise comme «events» et autres anglicanisme macdonaldiens. Bref, un mondialisme tordu et déformé qui subrepticement tourneboule les réalités acuelles.

Pendant six mois, nous aurons droit à une exhibition d'un style de vie qui n'est pas le nôtre, y compris les tam-tam et les trémoussements galactiques. A Neuchâtel par exem-

l'indépendance et à l'appauvrissement accru de certains pays. En un mot, les pays riches transforment les pays en développement en républiques bananiers. «Il a terminé sa longue intervention en disant que» les agences internationales supposées aider n'y ont vu qu'une occasion d'imposer l'ouverture des marchés.»

Après cela, il n'y a rien à ajouter, sauf ce spectacle navrant mais compréhensible des producteurs français qui, samedi dernier, ont envahi les supermarchés pour détruire fruits et légumes venus de l'étranger à des prix défilant toute concurrence et ruinant les agriculteurs autochtones.

Régime totalitaire

Nous entrons une ère de totalitarisme intense et dangereusement insupportable. L'administration Bush pratique une justice à la carte et selon la tête du client depuis les événements du 11 septembre. Aux Etats Unis et ailleurs où les américains détiennent une part du pouvoir, que vous soyez innocent ou coupable, vous êtes susceptibles sans avoir confessé vos crimes imaginaires, d'être arrêté et envoyé devant un tribunal pour y être jugé et condamné. Les Etats Unis, dans

Suite en page 15

ple, le thème «Nature et Artifice» étale du faux gazon. Dans ce terrain aussi aseptisé qu'un jeu vidéo on devient des robots façonnant l'histoire sous la baquette de Nelly Wenger qui a officialisé le leitmotiv «L'expo vous appartient, à vous d'interagir». Ainsi elle se lave les mains si ça foire. Par ailleurs, les débats de fond n'existant pas, c'est le néant «Cool» marchandés.

Mary Meissner

Le Piloni

Il remet ça!

Mais oui. Ed Pagan ayant constaté que sa stratégie consistant à faire du chantage aux banques suisses avait réussi au delà de ses espérances, (puisque les autres pays agressés de la même façon l'avaient envoyé sur les roses) remet l'ouvrage sur le métier et demande, (je devrais dire exige,) que ces mêmes banquiers dociles versent 80 milliards de \$ aux parents et amis des victimes de l'apartheid en Afrique du Sud. Pourquoi ne demande-t-il pas aux banques américaines de rembourser toute la parenté des Africains exploités dans son pays depuis la traite des noirs? Pourquoi n'attaque-t-il pas son gouvernement pour qu'il distribue des milliards aux Indiens Peaux Rouges qui ont été liquidés et dépouillés de leurs terres?

J'espère que cette fois-ci les établissements bancaires suisses ne vont pas capituler encore une fois! Je me demande même si les éloges distribués par les Etats Unis à la Suisse pour sa conduite exemplaire concernant le traitement de son système bancaire ne cachait, pas ce nouveau coup de boutoir totalement inadéquat, inopportun et inadmissible.

L'adoption par les couples homosexuels

Les arguments présentés par les pro et les anti adoption par ces nouveaux couples unis par le PACS ne sont guère convaincants, car ils sont basés sur des projections suggestives. En effet peut on savoir si un enfant sera plus perturbé par deux mères ou deux pères, que par des couples hétéros qui créent en cas de divorce, une atmosphère irrespirable pour les enfants et beaucoup de chagrin.

Cependant je me demande si ces enfants adoptés ou procréés par insémination artificielle, n'auront pas des tendances suicidaires ou à défaut une agressivité à l'encontre de leurs professeurs féminins ou masculins? Et dans ce cas, au vu de ce qui se passe à Expo 02 où on met à la disposition des ados des consoles qui incitent à la violence «Tuez la police», on peut prévoir des réactions létales à plus d'un titre, la police représentant une autorité qui ressemble à celle des maîtres d'école. C'est un thème d'actualité à discuter sérieusement.

Mondialisation néo libérale

Il a fallu que ce soit l'hôte d'honneur au BIT, le premier ministre de Malaisie Mahatir Bin Mohamed pour remettre l'église au milieu du village concernant la mondialisation libérale prônée par les pays riches d'Occident plus l'Amérique du Nord. Il a répété que la mondialisation n'est pas le remède à tous les maux sociaux du monde. Il a attaqué surtout le secteur privé, l'un des trois partenaires de l'organisation internationales. Il a dénoncé une stratégie basée uniquement sur la circulation des capitaux. Si les capitaux peuvent franchir librement les frontières, les travailleurs devraient avoir les mêmes facilités. Si l'on régule l'un, il faut réguler l'autre. Il accuse la globalisation d'être semblable au colonialisme. Les pays riches ne cessent de soumettre à leur hégémonie les pays nouvellement indépendants en posant des exigences de remboursement de plus en plus dures. Ils s'arrogent le droit d'imposer la responsabilité du bien-être des peuples du monde en décidant que seule la démocratie libérale est un système de gouvernement tolérable. «Nous assistons à l'érosion de

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

cet ordre d'idée, songent à criminaliser le simple fait d'être membre d'Al Qaida. Même à Nuremberg aucun nazi n'a été inculpé sur la seule base d'avoir été un SS. Même durant le maccarthysme la Cour suprême a refusé le statut de crime pour la seule appartenance à un groupe.

En Suisse, c'est encore pire. Il suffit que vous lisiez un livre interdit par certaines organisations extrémistes comme la Licra, le MRAP, SOS racisme et des organisations juives ou musulmanes, que vous le vendiez si vous êtes libraire ou que vous on parliez avec trop d'enthousiasme dans vos articles et lettres de lecteurs, et vous êtes convoqué par une justice aux ordres de la loi 261 bis qui juge, elle aussi, selon la tête du client. Si la personne est vue en noir, elle a toutes les chances d'être inculpée arbitrairement, mais si elle est considérée comme rouge, les juges deviennent aveugles et ne relèvent jamais leurs pires exactions. Le Conseil fédéral va même plus loin, puisqu'il subventionne royalement des commissions de recherches sur des groupuscules inoffensifs qui s'amuse à porter des insignes où figure la croix gammée. (A noter que ce symbole apparaît sur le drapeau islandais, car qui s'amuse à réfléchir sur la direction de angles.

Ils ont perdu la boule

En Israël, les citoyens deviennent de plus en plus déviants et déboussolés par cet état de guerre qui refuse de dire son nom. Figurez-vous qu'ils se mettent à jouer aux paris sauvages qui consistent à deviner le lieu du prochain attentat palestinien dans leur pays. Ces jeux sont valables à deux conditions: que l'attaque ait été commise par «des Arabes contre des Juifs et non l'inverse» et qu'elle ait été «rapportée par les médias.» La mise minimum est de 3 francs environ par personne et par ville. Quoique Interdits en Israël, es paris vont bon train sous le manteau. Y a-t-il un qualificatif adéquat pour ce genre d'amusement?»

Or mon souci!

La BNS se vante d'avoir vendu une partie de son surplus d'or, soit 250 tonnes à valoir sur les 1300 à disposition. C'est une «formidable» aubaine vu le prix élevé du métal jaune du fait se son rôle de valeur refuge. A ce propos je voudrais demander pourquoi la tendance financière mondiale est de reléguer cette valeur sûre au rang de marchandise, pour la remplacer par du papier monnaie? D'autre part, je demande pourquoi les journaux rapportent fidèlement ces transactions mirobolantes sans jamais souligner la destination des bénéfices, sauf vaguement et d'une façon dispersée. D'ailleurs dans cette per-

spective, les compagnies d'assurance maladie font de même, notre AVS aussi. Chaque fois qu'elles jouent on bourse NOTRE argent elles se félicitent en cas de gain famélique et informent immédiatement les médias en se rengorgeant. Mais où vont ces bénéficiaires qui devraient être mis on réserve pour, en cas de perte, ne pas demander des hausses de cotisations aux assurés? Pourquoi aucun journaliste ne soulève cette aberration flagrante qu'est la disparition systématique de milliards de francs, d'euros ou de dollars dans la nature? Pourquoi en fin de compte, pour en revenir à l'or de la BNS qui appartient au peuple suisse, ne sert il pas à éradiquer les dettes abyssales publiques? Ce ne serait que justice, vu qu'en cas de votations, ce même peuple obnubilé par de savantes promesses électorales jamais tenues, envoient au pouvoir gouvernemental des incapables? C'est si facile de dilapider des deniers pris dans nos poches! Il serait aussi facile de boucher les trous de nos dettes!!

La grande peur des marchés boursiers

Les spéculateurs empêchent les bons gogos que nous sommes à ouvrir les yeux sur la magouille mondiale qui s'est mise on place à travers les bourses. Pour attirer le chaland, les valeurs sont montées en flèche calculées sur une réalité fictive, et maintenant, au plus grand désespoir des perdants et à la satisfaction des initiés, la dégringolade s'installe basée elle, sur la vraie valeur des produits. Les gens sont-ils devenus tous des accros du loto ou de la roulette? Prennent-ils vraiment la bourse pour un casino? Le monde perd la boule tant au regard des jeux boursiers que du Mondial, ce jeu qui enflamme les foules au point de tordre le cou à la vie elle-même qui est plus raisonnable. Je me souviens d'une prédiction d'un certain Isaac Levy qui avait prévu, il y a plus de 1000 ans, que les pouvoirs occultes arriveraient à détourner les foules, (à travers les sports et le foot surtout,) des vraies fonctions humaines pour leur laisser la liberté de les manipuler politiquement, financièrement et économiquement

Ecol de police ou cours évangéliques?

Nous assistons à une distorsion de la protection des citoyens. On a créé une police dans le but d'empêcher les malfrats, escrocs ou voleurs, de s'attaquer aussi bien aux personnes qu'à leurs biens. Mais on assiste malheureusement à une aberration monstrueuse qui renverse cette logique basé depuis des siècles en Occident, sur les dix commandements et la loi dont elle est issue. On dirait que la justice s'arroge le droit de renverser la vapeur. Ainsi elle ne prend jamais en

compte les réflexes enseignés aux policiers et à leurs chiens, qui doivent être rapides en cas de pépins. Hommes et bêtes ne sont pas des robots programmés selon la logique légal. C'est pourtant ce qui se passe de plus on plus souvent. Les défenseurs de nos droits sont mis au pilori devant les malfaiteurs devenus des victimes dont les délits sont minimisés et alors, pour eux, la justice prend en compte leurs antécédents, et environnements, leurs terribles frustrations et ce sont les policiers qui deviennent des bourreaux. Ils sont jugés et mis en prison. (voir le cas flagrant de Fausto Cataneo démis de ses fonctions et privé de sa retraite par Carla del Ponte qui l'accusa de trahison on faveur des trafiquants de drogues qu'il avait eu le courage d'infiltrer.)

Heureusement Fausto Cataneo est on vole de réhabilitation. Au vu de ce qui précède, je ne peux m'empêcher de poser la question au sujet des écoles de police: faut-il remplacer les armes par des cocottes en papier et enseigner aux défenseurs de la loi de se laisser tuer plutôt que de tuer l'agresseur mal intentionné? La justice peut elle désavouer, sans coup férir, les règles qui sont appliquées par les policiers, ce qui implique qu'elles peuvent être transgressées par tous les salopards sans foi ni loi.

Union Vaud-Genève

Il n'y a qu'une chose qui chiffonne dans ce projet au demeurant pas si fou que cela, ce sont les déficits qui ajoutés les uns aux autres, feraient de ce grand nouveau canton un mouton noir champion de finances abyssales. Venue de Lausanne où j'ai fait mes études et me suis mariée, j'habite depuis 34 ans à Genève et j'avoue avoir trouvé des différences fondamentales concernant les mentalités. Genève est tellement imbriquée à la France, que la plupart des habitants raisonnent à la française et se passionnent pour ce pays en déliquescence. Les Vaudois sont préservés de cette contamination obligatoire grâce à leurs frontières et surtout vu la configuration paysanne très importante autour de Lausanne et des autres villes myennes. Il n'existe aucune besoin d'élargir les frontières au-delà du pays helvète, ce qui provoque déjà passablement de problèmes pour les Genevois ui doivent discuter ferme pour protéger leurs cours d'eau pollués à la source par le voisin indifférent à ce côté pro natura puisque l'on doit ajouter à nos propres eaux usées dans nos stations d'épuration, celles du voisin. Vaud est-il prêt à verser des millions pour ce problème? Un parmi d'autres.

Octopus

A bas l'AMI, Ne l'AGCS!

L'accord Général sur le Commerce et les Services (AGCS) vient de se mettre en place au Canada entre les pays du G8 et autres libéraux acquis au mondialisme. Les manifestations virulentes qui ont fait chavirer l'AMI, un accord semblable qui concernait un transfert sans limite des capitaux à investir un peu partout dans le monde, n'ont pas pu avoir lieu. Les firmes transnationales et leurs alliés gouvernementaux ont retenu la leçon et revu leur stratégie d'accaparement de toutes les activités humaines. A Doha, l'an dernier, elles ont ouvert un nouveau cycle de dérégulation dans l'agriculture et l'industrie. On en voit les effets dévastateurs à travers les décisions que prend l'OMC en imposant ses décisions, comme un dictateur, omnipotent, dans les secteurs primaires et secondaires déjà sous tutelle, il restait les services et un secteur plus délicat que l'AGCS va mettre en place. Son article 9 précise en effet, l'obligation pour les parties signataires d'engager «progressivement le niveau de libéralisation». C'est de la dictature, car la libéralisation est définie avant même que ne débute les négociations. Jusqu'à présent, les libéraux ont réussi à occulter la vraie portée de l'AGCS qui doit «plomber» définitivement chaque service quel qu'il

soit. (aurons nous bientôt des compteurs dans chaque chiotte?) N'assistons-nous pas déjà à la mise en place de diverses barrières «officielles» en face des lois étatiques, car sur les onze plaintes examinées à Genève, l'OMC a condamné dix fois l'Etat jugé trop interventionniste. Exemple: Les écoles aux cours de chimie offerts par Novartis, sans que la collectivité publique puisse s'y opposer, sont en cours de réalisation. Faut-il y ajouter la disparition des PTT comme nous les avons connues? Les parlementaires n'auront bientôt plus rien à faire et ils pourront se reposer dans le monde entier, car en faisant de toute activité humaine une marchandise, et en élevant les critères commerciaux en ultime paragon, l'OMC, les multinationales et leurs affiliés n'auront plus besoin des citoyens pour administrer le monde. Nous deviendrons tous des objets dont les numéros pourront être déplacés au gré des circonstances et des besoins des technocrates aux commandes (voir déjà le travail sur appel). L'AMI a été stoppé, mais n'a pas disparu de l'organigramme qui se met en place. Belles perspectives pour nos enfants qui ne sauront plus ce que veulent dire les mots: ambition, réussite, enthousiasme et ESPOIR. *Maria de Seimners*

SD-1.-August-Feier 2002



Berg-Hotel Engel, 6383 Niederrickenbach
von ca. 11.00 bis 15.00 Uhr

Anfahrt: Stans-Dallenwil, von Dallenwil führt eine Luftseilbahn nach Niederrickenbach

Verpflegung: Im Restaurant des Berg-Hotels Engel (freiwillig)

Referenten: e. Nationalrat und Parteipräsident Rudolf Keller
Nationalrat und Zentralsekretär Bernhard Hess

Niederrickenbach liegt auf 1176 m.ü.Meer und ist ein Wallfahrtsort mit Kirche und Benediktinerkloster.

Die Organisatoren würden sich freuen, wenn möglichst viele Schweizer Demokraten an der 1.-August-Feier teilnehmen.



Endlich Mut gegenüber ausländischen Erpressern

Die Schweizer Demokraten gratulieren dem Nationalrat, dass er der deutschen Erpressung beim Luftverkehrsabkommen widerstanden hat. Da unser unfähiger Bundesrat seit vielen Jahren jeder Erpressung – ob von einem Staat jedwelcher Grösse oder einer privaten Organisation – nachgibt, war es an der Zeit, dass wenigstens der Nationalrat endlich einmal Flagge zeigte und sich auch von den Drohungen unseres übergrossen Nachbarn nicht hat beeindrucken lassen. Die

Nachgiebigkeit unserer sogenannten Regierung ist nicht zuletzt Schuld daran, dass immer weitere Erpressungen aus aller Welt an unser Land gerichtet werden. Neuestes Beispiel: Die Erpressung des Leichenfledderers Fagan (so wird er in den USA genannt) betreffend die angebliche Unterstützung des Apartheidregimes durch die Schweiz. Deshalb ein Bravo der SD an unseren Nationalrat!

*Dr. Dragan Najman,
Pressechef SD Schweiz*

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Landes- oder Weltausstellung?

Im Rahmen der «Expo.02» findet am 24. August der Zürcher Kantonaltag statt. Der Kanton hat sich die Musik zum Thema ausgewählt. Folgende Musikgruppen werden an jenem Tag auftreten:

- King Kora
- Xia Ying Wang
- Dwojka
- Saadat Türköz
- Totschna

Der türkische Perkussionist Burhan Öçal soll das Zürcher Kammerorchester begleiten, dessen Chefdirigent ebenfalls einen Namen trägt, der zum Ganzen passt: Howard Griffith. Billy Cobhan möchte die Schweizer Volksmusik durchs «Jazzportal» jagen. Auch der Orchestername «Balalaika und Sennenchutteli» legt Zeugnis ab von diesem Kult der Kulturvermischung, der dort abgehalten werden soll. Der Musikernamen Botter Maio weist auch nicht gerade auf Schweizer Kultur hin. Die Meldung ist begleitet vom bereits zum 2650. Mal gehörten Klischee «Zugewanderte bereicherten» die Zürcher Kultur. Was soll man sich wundern, wenn man weiss, dass die oberste Chefin eine gebürtige Französin aus Marokko ist, die kein Wort deutsch spricht!

Jean-Jacques Hegg

Erpresser oder Staranwalt Ed Fagan?

Wenn Bürger gegen etwas demonstrieren oder auftreten, sollten die Argumente einfach überzeugen. Natürlich hat unser linkes Radio und Fernsehen jene Anti-Ed-Fagan-Demonstranten gezeigt, die bessere Aussagen hätten machen müssen! Auf dem Paradeplatz hätte ich den amerikanischen Bürger und Juden zuerst gefragt, warum er keine Sammelklage für die Indianer und gegen den Staat Amerika anstrebe? Fagan ist kein Staranwalt, er riecht lediglich das grosse Geld und in den USA kassiert vielleicht der Anwalt 90% einer Entschädigung. Fagan war bis vor kurzem auf Kleinkunden angewiesen, die er in kleinen und billigen Inseraten anzusprechen suchte. Natürlich könnte er auch eine Sammelklage gegen die USA in

Sachen Vietnam, Hiroshima oder Nagasaki (zwei Atombomben mit unheimlichem Leid) starten. Wie steht es mit den amerikanischen Banken und ihren Geschäften mit dem Pinochet-Regime in Chile? Und wie mit dem Militärregime und Präsident Marcos auf den Philippinen?

Wie steht es mit dem China-Terror im Tibet mit Hilfe der USA? Und wie wäre es mit Sammelklagen für die Palästinenser und gewisse Israelis? Allende von Chile könnte viel erzählen, doch der Präsident wurde umgebracht und die Missbildungen von Vietnamkindern interessieren den «Rechts»-Anwalt Fagan wohl kaum... Ich kann das sehr gut verstehen, und Sie?

Willy Schmidhauser

Einreisesperre für Ed Fagan

SD-Nationalrat Bernhard Hess fordert den Bundesrat unverzüglich auf, gegen Ed Fagan eine Einreisesperre in die Schweiz zu verfügen. Er hat deshalb heute im Nationalrat eine einfache Anfrage eingereicht, welche die Möglichkeit einer Einreise- und Aufenthaltsverweigerung von Ed Fagan klären soll.

Ed Fagan verachtet die Schweiz und hat die Schweizer Bevölkerung – und insbesondere die Aktivdienstgeneration – mit seinen unanständigen Äusserungen zutiefst

beleidigt und gekränkt. Er instrumentalisierte den Holocaust für finanzielle Zwecke und mittels unverhältnismässigem Anwaltshonorar auch für persönliche Bereicherung. Seine medienwirksamen Auftritte hierzulande sind unerträglich und dienen keineswegs der Sache, sondern schüren einzig einen bisher nicht vorhandenen antisemitischen Abwehrreflex in breiten Bevölkerungsschichten. Mit einer Einreisesperre signalisiert der Bundesrat, dass Ed Fagan in der Schweiz unerwünscht ist.

Volksvermögen gehört dem Volk

Am 22. September JA zur AHV-Goldinitiative

Unterlagen und Werbematerial für die AHV-Goldinitiative

Anzahl	Werbemittel	Format
_____	SD-Sonderzeitungen	
_____	Plakat B4	89,5 x 128 cm
_____	Kleinplakat	A3 (29,7 x 42 cm)
_____	Kleber	10,5 x 10,5 cm
_____	Kandelaberplakat	70 x 35 cm, gefaltet auf 35 x 35 cm

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon: _____

Bitte per Post, Fax oder E-Post senden an: SD, Postfach 8116, 3001 Bern, sd-ds@bluewin.ch, Fax 031 974 20 11

